

# Sozialdemokratischer Pressedienst

Herausgeber und Chefredakteur:  
Erich Kfirringhaus, Berlin.  
Fernsprecher: Amt Dönhoff 4196/4198



Anschrift für Verlag und Schriftleitung:  
Berlin SW 61, Belle-Alliance-Platz 8  
Druckanschrift: Sopadienst

Die Herstellung erfolgt im Selbstverlag.

Der Abdruck ist nur auf Grund besonderer Berechtigung gestattet. Rückgabe beiderseits 4 Wochen vor dem Quartalsanfang, wenn nichts anderes vereinbart ist. Druckort für beide Zelte ist Berlin.

Berlin, den 4. März 1931

Int. Institut  
Soc. Geschiedenis  
Amsterdam

Friede in Indien!

SPD. Seit ihrem Amtsantritt im Juni 1929 hat die englische Arbeiterregierung auf innerpolitischem Gebiete eine Reihe von Enttäuschungen, aber auf ausserpolitischen Gebiete eine Reihe von grossen Erfolgen erlebt. In dem gleichen Augenblick, in dem sich die Lage in England ernsthaft zuspitzt, besonders infolge der liberalen Sabotage an der Gewerkschaftsvorlage, kann die Regierung MacDonald auf zwei bedeutsame Erfolge ausserhalb des Mutterlandes hinweisen: die Flotteneinigung mit Frankreich und Italien ist perfekt und, was für das Britische Weltreich von noch viel grösserer Wichtigkeit ist, auch in Indien ist der Friede geschlossen.

Die am Mittwoch besiegelte Einigung zwischen Ghandi und dem Vizekönig Irvin ist ein wahrer Triumph der Staatskunst der englischen Labour-Regierung. Noch vor einigen Monaten konnte es scheinen, als ob sich die Gegensätze zwischen der nationalistischen Bewegung in Indien und der britischen Macht so hoffnungslos zugespitzt hätten, dass nur noch ein Kampf auf Tod und Leben übrig bleibe. Unter Führung Ghandis war ein grosser Teil des indischen Riesenreiches in offenem Aufruhr gegen die britische Verwaltung. Der Kampf durch Boykott und Gesetzesübertretung wurde von Ghandi proklamiert, überall fanden blutige Krawalle statt. Tausende füllten die Gefängnisse, Hunderte fielen im Kampf, Zehntausende wurden verletzt, an den Grenzen gab es regelrechte bewaffnete Aufstände. Mit einem Wort: die Zeit der riesengrossen, entscheidenden, gewaltsamen Auseinandersetzung zwischen Grossbritannien und seiner wertvollsten, unentbehrlichsten Kolonie schien gekommen zu sein. Sie wäre zweifellos gekommen, wenn in diesem Augenblick eine konservative Regierung in London am Ruder gewesen wäre.

Aber selbst in dieser kritischen Zuspitzung behielten MacDonald und sein Minister für Indien Wedgwood Benn klaren Kopf. Sie hielten an dem Gedanken der "Konferenz am Runden Tisch" fest, die sie versprochen hatten und die den Weg für die allmähliche Erhebung Indiens zu einem Dominion mit weitgehender Unabhängigkeit ebnet sollte. Als Grundlage sollte der Bericht der Simon-Kommission dienen. Der Bericht erschien, und er erwies sich als ungenügend, um einen positiven Erfolg der Konferenz zu ermöglichen. Kurz entschlossen schob MacDonald den Bericht beiseite und gab der Konferenz freie Hand. Auf der einen Seite tobten die Konservativen Jingo's, denen selbst der Simon-Bericht viel zu weit ging und die für eine Politik von "Blut und Eisen" Stimmung machten. Auf der anderen Seite erklärten die indischen Nationalisten unter Führung des im Gefängnis sitzenden Ghandi, dass die Londoner Konferenz zweck- und aussichtslos sei und dass sie sie nicht beschicken würden. MacDonald liess sich nicht beirren. Die Konferenz fand statt und zwar eben mit jenen Teilen der indischen Bevölkerung, die sich zur Teilnahme bereit erklärten.

Dank der von sozialistischer Gesinnung getragenen Bereitwilligkeit der Labour-Regierung zu Konzessionen kam die Konferenz innerhalb weniger Wochen zu einem positiven Ergebnis. Vergebens versuchte der Scharfmacher Churchill die Of-

fentlichkeit Grossbritanniens gegen die Nachgiebigkeit MacDonalds aufzuputtschen; selbst Baldwin musste ihn desavouieren, weil das englische Volk über diesen Ausgang förmlich aufatmete. Vergebens auch versuchten die Unentwegten in Indien, das Erreichte zu verkleinern. Es war für die indischen Delegierten nach ihrer Rückkehr in die Heimat ein Leichtes, den inzwischen freigelassenen Ghandi davon zu überzeugen, dass die jetzige Regierung Grossbritanniens es mit Indien ehrlich meine und dass es ein unverzeihlicher Fehler wäre, das Erreichte abzulehnen. Wenige Tage der direkten Verhandlungen zwischen Ghandi und dem Vizekönig haben genügt, um die scheinbar unüberbrückbaren Gegensätze auszugleichen.

Wieder einmal hat bei diesen Verhandlungen die Arbeiterregierung bewiesen, dass sie sozialistisch denkt und handelt. Sie hat keinen hundertprozentigen Erfolg gesucht, sondern weitgehende Konzessionen an ihren bisherigen erbitterten Gegner gemacht und diesen damit in die moralische Zwangslage versetzt, sich seinerseits nachgiebig zu zeigen. Alle strittigen Fragen sind auf diese Weise innerhalb weniger Tage aus der Welt geschafft worden. Der Boykott englischer und fremder Waren wird nicht mehr amtlich bekämpft, dafür nimmt Ghandi seinen Befehl zum Ungehorsam gegen die Gesetze und die Behörden ausdrücklich zurück. Die Salzgewinnung aus dem Meere wird nicht mehr untersagt, das staatliche Salzmonopol bleibt im übrigen aufrechterhalten. Unter die Vergangenheit wird ein Schlusstrich gezogen, eine neue Aera kann beginnen.

So ist die Bahn frei gemacht für eine allmähliche, friedliche Entwicklung Indiens zu einem völlig unabhängigen Reich. Der aussichtslose Traum einer gewaltsamen Befreiung Indiens und seiner sofortigen restlosen Loslösung vom Britischen Reich, die gar nicht einmal im Interesse der indischen Völker und der übrigen Welt liegen würden, ist vorbei; ebenso aber auch die Gefahr eines Verzweiflungskampfes auf Leben und Tod, wie ihn eine konservative Regierung zweifellos heraufbeschworen hätte.

Der Kampf um die Zukunft Indiens geht selbstverständlich weiter und die Sympathien der internationalen Arbeiterklasse werden den aufstrebenden indischen Völkern nicht versagt bleiben. Aber es muss ein evolutionärer Kampf mit friedlichen Methoden der Aufklärung und der Verhandlung sein. Die Weltkatastrophe eines allgemeinen Gemetzels im 330 Millionen-Reich mit ihren unabsehbaren Folgen für Indien selbst und für die ganze Menschheit ist durch die zähe Geduld und die generöse Geschicklichkeit der englischen Labour-Regierung vermieden worden. Dafür verdient sie nicht nur den Dank der eigenen Nation, sondern auch aller Menschen guten Willens und fortschrittlicher Gesinnung in sämtlichen Erdteilen.

-----

SPD. Braunschweig, 4.März (Eig.Dr.)

Das halbamtliche Wolff-Büro hatte im Reiche die Nachricht verbreitet, dass bei den Gemeindewahlen von den 13 braunschweigischen Landstädten 9 und zwar Harzburg, Blankenburg, Gandersheim, Helmstedt, Holzminden, Königslutter, Schöppenstedt, Seesen und Wolfenbüttel eine rein nationalsozialistische Mehrheit erhalten hätten. Daran ist kein wahres Wort. In Wirklichkeit stellen in all den aufgeführten Städten die Nazis nur eine verschwindende Minderheit dar. Es ist nicht einmal sicher, ob die bürgerlichen Parteien gewillt sind, mit ihnen zusammen eine Mehrheit einzugehen.

-----

SPD. Mit welcher Verlogenheit die Kommunisten gegen die Sozialdemokratie kämpfen, beweist wieder einmal der Kampf um die Millionärbesteuerung. Weil die Sozialdemokratie im Reichstag dafür gestimmt hat, dass der Antrag der Kommunisten ebenso wie die sozialdemokratischen Anträge dem Steuerausschuss des Reichstags zur Vorbereitung überwiesen werden, haben die Kommunisten die So-

zialdemokratie heftig angegriffen. Was aber geschah im Steuerausschuss? Als Finanzminister Dietrich den Antrag wegen seiner unzulänglichen Fassung kritisierte, beeilten sich die Kommunisten, ihn sofort abzuändern und zwar haben sie den Antrag gestellt, dass die 20prozentige Steuer bei den Vermögen und den Einkommen nur von den Einzelpersonen erhoben werden solle, nicht aber von den Körperschaften. Das heisst also, die Kommunisten wollen die grossen kapitalistischen Gesellschaften, die Konzerne und Trusts usw. begünstigen und sie von dieser Millionärsteuer befreien.

Nicht die Sozialdemokraten, sondern die Kommunisten sind also die Be-  
schützer der grossen Millionäre. Es ist überdies bemerkenswert, dass die kommunistische Presse den geänderten Antrag der Kommunisten bisher nicht veröffentlicht hat.

-----

SPD. Stuttgart, 4. März (Eig. Drahtb.)

Die mehr oder weniger illegalen Wehrformationen, wie sie seinerzeit aus den Freikorps heraus entstanden sind, scheinen unter der Decke noch immer ihr unheilvolles Unwesen zu treiben. Wenigstens ist das einem Schreiben zu entnehmen, das von dem Stuttgarter kommunistischen Blatt am Mittwoch veröffentlicht wurde.

Der Briefkopf dieses Schreibens bezeichnet als Absender den Landesverband Südwestdeutschland folgender vier Organisationen: "Reichsverband der Baltikum-Kämpfer, Vereinigung ehemaliger Grenzschutz- und Freikorpskämpfer, Brigade Haas und Deutsche Heimwehr." Von der Abteilung F. dieser zu einem gemeinsamen Verband zusammengeschlossenen Organisationen geht dieses vom Februar dieses Jahres aus Alpirsbach im württembergischen Schwarzwald datierte und mit dem Namen Heuss unterzeichnete Schreiben aus. Darin werden in Beantwortung eingelaufener Besorgungen bestimmte Fragen gestellt, im besonderen nach der politischen Einstellung der Adressaten. Der wichtigste Passus des Schreibens lautet

"Wir gewähren: a) für Gründung von Ortsgruppen die entstandenen Spesen und den Ortszuschlag, b) für spätere Betätigung in Abteilung F. freie Verpflegung, Quartier, Bekleidung, Versicherung, vier Mark pro Tag für Ledige, fünf Mark für Verheiratete sowie Anwartschaft für geeignete Stellung und Versorgung. Die Finanzfrage ist geregelt. Der Verband hat keine illegalen Ziele."

Man muss erwarten, dass die Behörden schnellstens feststellen, zu welchem Zweck von der mysteriösen Abteilung F. dieses Verbandes überhaupt Leute eingestellt werden, in welchem Umfange dies geschieht, woher die Mittel dazu fließen und auf welcher Grundlage den angeworbenen sogar die Anwartschaft auf eine "Versorgung" in Aussicht gestellt werden kann.

-----

SPD. Das Mazedonische Nationalkomitee in Sofia hat von dem Vorstand der Hitlerpartei ein Schreiben erhalten, in dem es heisst, dass das erwachende Deutschland, das kommende dritte nationalistische Reich auch die Mazedonier und ihre nationalen Wünsche und Schmerzen nicht vergessen würde. Die heroisch um Deutschlands Wiedergeburt kämpfende nationalsozialistische Arbeiterpartei entbiete den mazedonischen revolutionären Freiheitshelden ihre Grösse und aufrichtigste Sympathie.

Man kann die Mazedonier zu ihrem neuen Bundesgenossen nur beglückwünschen. Nun haben sie in der nicht gerade grossen Reihe ihrer ausländischen Protektoren an deren Spitze Mussolini rangiert, auch noch den grossen Adolf. Aus Dank wird ihn der Terroristenhüptling Iwan Michailow sicherlich bald zum Komitadschi honoris causa ernennen.

Das Mazedonische Komitee hat den Nazibrief bisher nicht veröffentlicht lassen, während es sonst jede mit der mazedonischen Bewegung sympathisierende

ausländische Stimme im Eiltempo an die grosse Glocke hängt. Seltsam. Man hat scheinbar zu den Versprechungen und Kräfteverhältnissen der "heroischen Erneuerer" Deutschlands noch nicht das rechte Zutrauen. Immerhin die "rauen Kräfte" Hitlers und Michailows passen zusammen.

SPD. Paris, 4. März (Eig. Drahtb.)

Mit 555 gegen 14 Stimmen hat die französische Kammer sich wiederum für die Friedenspolitik Briands ausgesprochen. Neben den 14 oppositionellen Stimmen, die von Franklin Bouillon und zweien seiner Freunde, sowie den berufsmässigen elf kommunistischen Nein-Sagern abgegeben worden waren, hatten sich etwa zwei Dutzend Patrioten der Stimme enthalten. Die französischen "Kriegshetzer" sind also in der Kammer ungefähr 40 Mann stark.

Die Bedeutung der Abstimmung wurde durch eine spontane Kundgebung unterstrichen. Als Aussenminister Briand seine Rede beendet hatte, in der er zum Schluss die negative Kritik Franklin Bouillons als ebenso destruktiv bezeichnete wie den Krieg selbst, erhoben die Sozialisten den Ruf "Nie wieder Krieg", der sich in wenigen Augenblicken über die Bänke der bürgerlichen Linken bis zur Mitte fortpflanzte. "Was soll das heissen?", schrie der reaktionäre Abg. Ybarnegaray zornrot in das Getümmel, während Franklin Bouillon mit letztem Stimmaufwand Briand die Anklage zuschleuderte "Locarno ist der vollkommene Bankrott". Aber "Nie wieder Krieg" übertönten Hunderte von Stimmen die beiden Opponenten.

Frankreich hat es gewiss leichter als Deutschland, für die Politik des Friedens einzutreten. Und so hatte der sozialistische Parteiführer Léon Blum das Recht auf seiner Seite als er erklärte, dass die sozialistische Partei die Politik Briands lange nicht entschieden genug finde, da sie vor allem "der kühnen Tat ermangele, wenn sie auch von guten Absichten getragen sei". Auch die Rede Briands hat neben der wiederholten Beteuerung der französischen Friedens- und Verständigungsbereitschaft nicht viel neues und greifbares gebracht. Nur in zwei Punkten, und auch da nur in kaum schärfer betonter Schattierung, ging Briand aus sich heraus. So betonte er einmal hinsichtlich der Revision des Versailler Vertrages, dass es eine "schlechte Politik wäre, sich von einem Nachbarn abzuwenden und mit ihm zu brechen, wenn er nicht völlig mit uns übereinstimme". "Frankreich - so fuhr Briand fort - könne Deutschland das Recht zur Geltendmachung seiner Revisionsforderung nicht streitig machen und es verstosse damit keineswegs gegen seine Bündnispflichten gegenüber Polen." An zweiter Stelle sprach Briand von der moralischen Stärke des Weltgewissens und zitierte als Beispiel dafür, dass er sich "kein tragischeres, eindrucksvolleres Schauspiel" denken könne, als "diesen Kampf des deutschen Volkes gegen die Verantwortung am Kriege, die ihm seine leitenden Staatsmänner von 1914 aufgebürdet haben". Briand bewies mit diesen Worten volles Verständnis dafür, dass nicht das Deutsche Volk in seiner Gesamtheit verantwortlich gemacht werden dürfe. Auch verzichtete er darauf, auch nur andeutungsweise von der Alleinschuld Deutschlands zu sprechen.

SPD. Der Steuerausschuss des Reichstags beriet am Mittwoch die Novelle zum Kraftfahrzeugsteuergesetz.

Ministerialdirektor Dr. Zarden wies zunächst auf einen vom Reichstag im Jahre 1927 geäusserten Wunsch hin, nach dem die jetzige Pauschsteuer wenigstens zum Teil durch eine Verbrauchssteuer ersetzt werden müsse, um diejenigen, die die Strassen am meisten abnutzen, schärfer heranzuziehen. Durch die Einführung der schärferen Benzinbesteuerung sei diesem Gesichtspunkt Rechnung getragen, wenn es auch erst in einer späteren Zeit möglich sein werde, den

erhöhten Ertrag aus den Benzinzöllen für die Unterhaltung der Strassen zu verwenden. Da die Pauschsteuer 230 Millionen aufbringe, die Benzinzölle 177 Millionen, so sei heute bereits beinahe das Verhältnis von 1 zu 1 erreicht, das auch bei der Autobesteuerung in Amerika vorhanden sei. Die jetzt vorliegende Novelle sehe lediglich vor, dass der Zuschlag von 10 Prozent zu der Pauschsteuer aufrechterhalten bleibe, und dass Anhänger zu den Lastwagen besteuert werden.

Bemerkenswert war das Verhalten der Kommunisten. Die Autosteuer ist eine Zwecksteuer. Ihre Erträge dienen ausschliesslich zur Wegeunterhaltung. Von der Steuer werden nur die Autobesitzer betroffen, die sich doch zweifellos in einer besseren finanziellen Lage befinden als die übrigen Staatsbürger. Die Steuer kann also zum überwiegenden Teil als Besitzsteuer angesehen werden. Trotzdem stellten die Kommunisten den Antrag, die Autobesteuerung vollständig aufzuheben. Würde dieser Antrag angenommen, so müsste die Unterhaltung der Wege aus den allgemeinen Steuereinnahmen bezahlt werden, was für viele deutsche Gemeinden, vor allem aber für zahlreiche Arbeitergemeinden den sofortigen finanziellen Bankrott zur Folge haben müsste. So misshandeln die Kommunisten die Interessen der Gemeinden und deren Einwohner.

Die Abstimmung über die Kraftfahrzeugsteuernovelle findet am Donnerstag statt. Im Anschluss daran wird die Aussprache über die Anträge der Sozialdemokraten und Kommunisten wegen verschärfter Besteuerung der hohen Einkommen und Vermögen fortgesetzt werden.

SPD. Braunschweig, 4. März (Eig. Dr.)

Die braunschweigische Regierung hatte am Mittwoch im Haushaltsausschuss des Landtags gegenüber den Angriffen der Sozialdemokratie einen schweren Stand.

Der Naziminister Franzen versuchte die Vorfälle während des Braunschweiger Hitlertages als harmlos hinzustellen. Immerhin musste er zugeben, dass er dem Polizeioberwachtmeister Fahldiek, ohne vorher mit dem zuständigen Kommandeur Rücksprache genommen zu haben, befohlen hatte, in der Kaserne zu bleiben. Diese Massregelung war erfolgt, weil Fahldiek, nachdem ihm von SA-Leuten im Handgelenge der Gummiknüppel entrissen worden war, zu seiner Verteidigung seinen Säbel gezogen hatte. Franzen behauptete, der Aufenthalt in der Kaserne sei von ihm als vorsorgliche Massnahme getroffen worden. (Vielleicht fürchtete er, dass die SA-Leute am nächsten Tage an Fahldiek Rache nehmen würden). Ausserdem sei die Bewachung der Kaserne auch eine wichtige Angelegenheit. Franzen musste ferner zugeben, dass Schutzpolizeibeamte die Schulturnhallen der Stadt Braunschweig von dem Stroh gereinigt haben, auf dem die SA-Leute übernachtet hatten. Der Nazi-Landtagspräsident Zörner, der in diesem Falle für den Minister antwortete, meinte, da das Stroh von der Polizei gekauft worden sei, hätten es die Schutzpolizeibeamten auch abtransportieren müssen. Das gehöre nun einmal zum Dienst und bei der Hilfeleistung bei Bränden machten sich die Beamten auch schmutzig. Auch der Regierungsvertreter fand es durchaus in der Ordnung, dass die Polizeibeamten die Aufräumarbeiten für die Nazis übernehmen mussten.

In grösste Verlegenheit geriet die Regierung, als sie sich zur Entlassung des sozialdemokratischen Kommandeurs der Schutzpolizei äussern sollte. Die Nazi Regierung ist auf alle Bedingungen des sozialdemokratischen Kommandeurs eingegangen. Sie zahlt ihm bis zum 1. Oktober das volle Gehalt, um ihn wegen des pensionsfähigen Dienstalters noch eine höhere Gruppe erreichen zu lassen, zahlt ihm Wohnungseinrichtungskosten, Umzugskosten und die reichsgesetzliche Abfindung, trotzdem sie dadurch mit der Rechnungskammer und mit der Haushaltsordnung in Konflikt kommen muss. Auf die Frage der Sozialdemokratie, welche Gründe zur Entlassung vorgelegen hätten, wusste der Regierungsvertreter nichts zu erwidern. Endlich erklärte der Fraktionsführer der Nationalsozialisten, man könne einem nationalsozialistischen Polizeiminister nicht zumuten, mit einem

Sozialdemokraten zusammenzuarbeiten. Franzen müsse einen Kommandeur haben, auf den er sich verlassen könne. Schliesslich wurde beschlossen, Franzen zu zitieren, damit er sich zu der Pensionierung des Kommandeurs Sierung äussert.

---

SPD. Paris, 4. März (Eig. Drahtb.)

Die Kommission zur Untersuchung des Oustric-Skandals hat am Mittwoch beschlossen, allen in diese Korruptionsaffäre verwickelten Personen Gelegenheit zu geben, in einem ausführlichen Brief ihren Standpunkt und ihre Verteidigungspositionen festzulegen. Die Dokumente sollen in die Anklageschrift der Untersuchungskommission übernommen werden.

---

SPD. Braunschweig, 4. März (Eig. Dr.)

Die bürgerlich-nationalistische Regierung Küchenthal-Franzen hat nach den letzten Ergebnissen der Kommunalwahlen im Lande Braunschweig keine Mehrheit mehr. Die Addition aller abgegebenen Stimmen ergibt, dass, falls am Sonntag eine Landtagswahl stattgefunden hätte, die Sozialdemokratie wie bisher 17, die Kommunisten aber drei statt zwei Mandate erhalten hätten. Damit ist die bürgerlich-nationalistische Mehrheit im Lande Braunschweig gebrochen. Die Nationalsozialisten haben also keine Ursache, über das Wahlergebnis zu triumphieren. Fünf Monate haben genügt, um die Stimmung in Braunschweig umschlagen zu lassen.

---

SPD. Wien, 4. März (Eig. Drahtb.)

Der zurzeit hier weilende Reichsaussenminister Dr. Curtius veranstaltete am Mittwoch in der Deutschen Gesandtschaft einen Presse-Empfang, in dessen Verlauf er sich über seinen Besuch in Wien und die deutsche Politik äusserte.

Curtius führte u. a. aus, dass die Reparationsfrage nur durch gemeinsame Anstrengungen aller Beteiligten gelöst werden könne. Das Deutsche Volk sei zu jeder Mitarbeit an der Lösung der Weltwirtschaftskrise bereit. Vor allem wolle es die wirtschaftlichen Bande und alle anderen Beziehungen zu dem österreichischen Brudervolk immer inniger gestalten. Deutschland fordere vom Völkerbund eine allgemeine Abrüstung, ohne die eine Zusammenarbeit der Völker nicht möglich sei. Das gleiche Recht auf Sicherheit sei für Deutschland nicht nur ein relativer, sondern ein absoluter Begriff.

---

SPD. Der Untersuchungsausschuss für die Roggenstützung brachte am Mittwoch wieder die üblichen Angriffe der deutschnational-kommunistisch- und wirtschaftsparteilichen Einheitsfront gegen die öffentliche Wirtschaft. Diesmal aber kam eine ergötzliche Note in diesen Kampf, der in seiner Eintönigkeit schon langweilig zu werden drohte. Der deutschnationale Herr Stubbendorff und ebenso die Kommunisten enthüllten nämlich dem Ausschuss ihre geheimsten Gedanken, wie sie sich eine Kredittransaktion vorstellen. Es musste deshalb eine richtige, wenn auch erfolglose Unterrichtsstunde, insbesondere mit Herrn Stubbendorff abgehalten werden, um ihm den naiven Diletantismus seiner kreditwirtschaftlichen Anschauungen klar zu machen.

Zwischen der Deutschen Getreide-Handelsgesellschaft als Stützungsstelle war mit einem Konsortium aus Preussenkasse, Rentenbank und Reichskreditgesellschaft ein Lombardkredit von 30 Millionen Mark abgeschlossen worden. Der Stützungsstelle und insbesondere dem Reichskommissar Dr. Baade wird nun zum Vorwurf gemacht, dass er statt mit diesem unter Führung der öffentlichen Banken

stehenden besonders leistungsfähigen Kreditkonsortium abzuschliessen, nicht das Kreditangebot eines Herrn Hoffnung von der Berliner Getreide-Börse angenommen hätte. Der "Generalsachverständige" des Ausschusses für Fragen des Getreidehandels, Kommerzienrat Zielenziger, von dem wir schon berichteten, dass er seinerzeit den vom Ausschuss aufgedeckten Kampffond gegen die öffentliche Getreidewirtschaft zusammengebracht und verwaltet hat, bemühte sich "sachverständig" darzulegen, dass das Kreditangebot des privaten Händlers vorteilhafter gewesen wäre, als das der öffentlichen Gesellschaften. Der Hauptvorteil sollte darin bestehen, dass Herr Hoffnung das Getreide mit 80 % des jeweiliger Kurswertes beleihen wollte, während die öffentlichen Gesellschaftenvorsichtigerweise nur eine Beleihung mit Mk. 80.-- je Tonne = etwa Mk. 50.-- des Kurswertes zugestanden haben.

Stubbendorf und die Kommunisten bemühten sich im edlen Wettstreit die ungeheuren Vorteile hervorzuheben, welche die Stützungsstelle angeblich durch eine höhere Beleihung des Roggens gehabt hätte. Stubbendorf entwickelte dabei einen Kreditplan, der vom Ausschuss zunächst mit ungläubigem Staunen und dann mit immer stärkerem Schmunzeln entgegen genommen wurde. Er war der Ansicht, man hätte aufgrund des Kredites von Herrn Hoffnung den vorhandenen Roggen beleihen sollen, mit dem geliehenen Geld neuen Roggen kaufen, diesen wieder beleihen, aufgrund des neuen Geldes wieder Roggen kaufen, wieder beleihen sollen usw. Mit diesem genialen Kreditsystem kam er zu der Berechnung, dass die Stützungsstelle mit ganz geringfügigen eigenen Mitteln 500 000 Tonnen Roggen hätte kaufen können. Die Berichterstatterin des Ausschusses, Toni Sender (Soz) stellte dazu fest, dass dies anscheinend die Kreditpolitische Methode sei, mit der Herr Stubbendorf seinerzeit die Landbund-Genossenschaften pleite gemacht hat. Eine besonders kräftige Ohrfeige von landwirtschaftlicher Seite holte sich Herr Stubbendorf, als der Vertreter des Deutschen Landwirtschaftsrates zu diesem Kreditprojekt erklärte, dass eine derartige mehrfache Beleihung des Getreides mit den Grundlagen des deutschen Pfandrechtes und mit den Grundsätzen eines ordentlichen Kaufmannes in Widerspruch stehen würde.

Die Kommunisten bewiesen Stubbendorf wieder ihre volle Bundestreue im Kampf gegen die öffentliche Wirtschaft. Auch sie hielten den Kreditabschluss mit dem öffentlichen Konsortium für ungünstig und priesen die Vorzüge des Kreditangebotes des Herrn Hoffnung, und zwar aus dem gleichen Grunde wie Herr Stubbendorf wegen der angebotenen hohen Beleihungsgrenze. Abg. Hilferding (Soz) erinnerte sie dabei an die 140 000 Tonnen Roggen, welche die Sowjetregierung in den letzten Tagen in Rotterdam an ein Konsortium von holländischen und deutschen Getreidespekulanten verschleudert hat, und zwar zu einem Preise, bei dem Sowjetrussland nach Abzug von Frachten, Zins- und Lagerkosten nur etwa Mk. 1,70 pro Zentner erhalten hat. Einer der Gründe dafür, dass die russische Regierung diesen Roggen, den die russische Bevölkerung wahrhaftig bitter nötig zur Verbesserung ihrer Ernährungslage brauchen könnte, zu einem solchen Schundpreis hergeben musste, liegt darin, dass Russland den in Rotterdam eingelagerten Roggen bei einer Privatfirma verpfändet hatte, und zwar zu der sehr hohen Beleihungsgrenze von Hfl. 4.-- je Dz. Die Preise sind jedoch noch unter Hfl. 4.-- gesunken und als die Russen dieses Quantum jetzt für Hfl. 3.47½ verschleudern mussten, haben sie nicht nur keinen Pfennig bares Geld in die Finger bekommen, sondern noch bares Geld zuzahlen müssen.

-----

SPD. Kairo, 4. März (Eig. Drahtb.)

Ermuntert durch Gandhis Erfolge in Indien, beschloss ein vom Wafd eingesetztes Sonderkomitee den Boycott aller englischen Waren. Die Erzeugnisse anderer Länder sind ausdrücklich von dem Beschluss ausgenommen.

-----

SPD. Washington, 4. März (Eig. Drahtb.)

Der 71. Bundeskongress wurde am Mittwoch-Mittag nach Erledigung wichtiger parlamentarischer Arbeiten geschlossen. Die Einwanderungsvorlage, die für die beiden nächsten Jahre eine Verminderung der überseeischen Einwanderung vorsieht wurde nicht verabschiedet.

Der neu gewählte 72. Bundeskongress wird erst im Dezember zusammentreten.

SPD. Paris, 4. März (Eig. Drahtb.)

Infolge der Beilegung des französisch-italienischen Flottenstreites scheidet nunmehr die Liquidation einer ganzen Anzahl zwischen Frankreich und Italien schwebender wirtschafts- und zolltechnischer Fragen mit Beschleunigung vorstatten zu gehen. So hat jetzt die Frage der französischen Zollsätze für italienische Teigwaren ihre Bereinigung erfahren. Danach hat Frankreich das Recht die betreffenden Zölle über das Maximum von 85 Franken zu erhöhen, während Italien die Zollsätze für die Knopf- und ähnliche Produktion heraufsetzen darf.

Dem dringenden Bestreben nach Niederreissung der Zollmauern kommen diese neuen Abmachungen leider nicht entgegen.

SPD. Brüssel, 4. März (Eig. Drahtb.)

Im belgischen Parlament fand am Mittwoch eine grosse Debatte über die aus senpolitische und die internationale Lage Belgiens statt. Aussenminister Hymans sprach ausführlich über den Versailler Vertrag, die Locarno-Pakte und schliesslich über das Abrüstungsproblem. Er war bemüht, die Stellung Belgiens gegenüber diesen Problemen mit aller Genauigkeit aufzuzeigen.

Im Jahre 1920 - so führte Hymans aus - wäre Belgien zu schwach gewesen, um allein einen eventuellen Angriff abzuwehren. Aus diesem Grunde sei das französisch-belgische Militärabkommen zustande gekommen. Dieses Abkommen lasse beiden Ländern Freiheit und lege ihnen keine Verpflichtung auf, in jedem Falle gemeinsam zu handeln. Nur im Falle eines Angriffs Deutschlands gegen Belgien oder Frankreich würden sie sich gegenseitig helfen und unterstützen. Fünf Jahre später seien die Locarno-Verträge abgeschlossen worden. Einer dieser Verträge, der Rheinland-Pakt, sei eine Bürgschaft für die Unverletzlichkeit Belgiens. Belgien brauche Frieden und es habe immer alles getan was möglich war, um im Rahmen des Völkerbundes die Garantien gegen den Krieg zu verstärken. Belgien habe die Bedingungen zum obligatorischen Schiedsspruch durch den Internationalen Gerichtshof im Haag anerkannt und habe auch an der Vorbereitungscommission zur Abrüstungskonferenz des Völkerbundes teilgenommen. Der Abrüstungskonferenz wünsche Belgien ein glückliches Ergebnis. Denn ein neues Wettüben würde nur einen neuen Wettlauf zum Abgrund nach sich ziehen. Die Rüstungen müssten zu den Bedingungen der nationalen Sicherheit und der internationalen Verpflichtungen mit Rücksicht auf die geographische Lage und die einzelnen und besonderen Zustände in jedem Staate in ein Verhältnis gebracht werden. Ein kleines Land wie Belgien könne jedoch dazu kein Beispiel geben. Eine einseitige Abrüstung würde für die kleinen Länder eine gefahrvolle Unvorsichtigkeit sein. Wenn Belgien dazu gezwungen würde, müsste es sich verteidigen. Getreu seiner Vergangenheit und seiner Tradition würde es immer seinen internationalen Verpflichtungen nachkommen. Nur zum Schutze seiner Grenzen und seiner Unabhängigkeit, sowie in Erfüllung internationaler Verpflichtungen werde es seine Zuflucht zu den Waffen nehmen.



SPD. Saarbrücken, 4. März (Eig. Drahtb.)

Die französische Grubenverwaltung teilte den Gewerkschaften gelegentlich einer Besprechung mit, dass sie ab 1. Juli dieses Jahres die Gruben Dilsburg und Luisental (Rudolf- und Josef-Schacht) stillzulegen beabsichtigt. Die Grube Dilsburg soll abgetäuft werden, weil die Kohlenvorräte der bisherigen Sohlen erschöpft seien. Im Bereich der beiden Schächte der Grube Luisental seien Kohlenvorräte nicht mehr vorhanden. Die Belegschaft dieser Gruben beträgt ungefähr 2 000 Mann, und zwar rund 1 600 unter Tage und 400 über Tage. Die Gewerkschaften bemühen sich zurzeit um eine Unterbringung der Bergarbeiter auf anderen Gruben des Saargebiets.

-----

SPD. Bombay, 4. März (Eig. Drahtb.)

Während es im extrem nationalistischen Lager Indiens Unzufriedene gibt, die den unterzeichneten Friedensschluss beklagen, herrscht Jubel und Freude bei den Massen der Bevölkerung. Ghandi hat die übergrosse Mehrheit des allindischen Kongresses hinter sich. Der offizielle Beschluss, der den Ungehorsam gegen die Gesetze aufhebt, steht bevor. Die Zeitungen beglückwünschen Ghandi und den Vizekönig und drücken beiden ihre höchste Bewunderung aus. Selbst das zur Regierung stehende rechtseingestellte Blatt "Der Staatsmann" sagt: "Die Zeit wird kommen, da dieser Friedensschluss als ein ebenso grosses Ereignis bewertet wird wie der vom 11. November 1918." Die unmittelbaren Folgen des Friedensschlusses zeigen sich bereits in einer Besserung des Wirtschaftsmarktes.

-----

(Schluss des politischen Teils. - Auf Wiederhören

Donnerstag-Vormittag 7 Uhr auf Welle 2850)

## Reichstags=Stimmungsbild.

SPD. Berlin, 4. März (Fig. Ber.)

Der Reichstag setzte am Mittwoch die zweite Beratung des Haushaltplanes des Reichsinnenministeriums fort.

Der volksnationale Abgeordnete Hesse meinte, dass die Reichsreform noch vor der Wahlreform gemacht werden müsse. Er sprach sich für das Verbot des Remarque=Films aus. Denselben Standpunkt nahm der Landvolkabgeordnete Freiherr von Thüngen ein, der auf sozialdemokratische Zurufe freilich bekennen musste, dass er den Film überhaupt nicht gesehen hat. Es sei, so sagte er, ein antidemokratischer Hetzfilm, der den Krieg einseitig darstelle. Das deutsche Volk brauche sich einen solchen Film nicht gefallen zu lassen. Der kommunistische Abgeordnete Torgler setzte sich mit dem Reichsminister des Innern Dr. Wirth auseinander wegen dessen Angriff auf die kommunistische Kulturpolitik. Er bereitete dem Reichsminister insofern einige unangenehme Minuten, als er aus Kunstbesprechungen der Wirth'schen Zeitschrift "Die Republik" Stellen zitierte, die zweifellos in klerikalischen Kreisen als grobe kulturpolitische Ausschreitungen bewertet werden dürften. Die Abgeordnete Frau Lang-Brumann von der Bayerischen Volkspartei bekannte sich ebenfalls zu dem Verbot des Remarque=Filmes. Auch forderte sie schärfere Bekämpfung von Schund und Schmutz und ein baldiges Reichsbühnengesetz. Dann wallte ihr bayerisches Gemüt gegen alle Pläne auf Reichsreform auf. Insbesondere wandte sie sich gegen die Abgeordneten Sollmann (Soz.) und Külz (Dem.), die sie für ganz gefährliche Feinde Bayerns und Freunde eines Einheitsstaates hält.

Selten erlebt der Reichstag inmitten der politischen und sachlichen Debatten eine Stunde, in der ein Redner seine Zuhörer zu den Höhen wirklicher Kulturpolitik erhebt. Eine solche Stunde aber verschaffte in dieser Haushaltsberatung dem deutschen Reichstag der sozialistische Abgeordnete und Volkserzieher Dr. Löwenstein. Er ist kein volkstümlicher Redner, aber die Feinheit seines Stils und die Tiefen seiner Gedankenwelt nehmen jeden, auch den urteilsfähigen politischen Gegner gefangen. Löwenstein wandte sich zunächst gegen den von den Christlichsozialen eingebrachten Entwurf des Reichsschulgesetzes. Gewiss erstrebten auch die Sozialdemokraten die baldige Verabschiedung eines solchen Gesetzentwurfes, aber im jetzigen Reichstag sei keine Mehrheit, die auf der Grundlage des unmöglichen Mumm'schen Antrages bereit sei, Verhandlungen über ein Reichsschulgesetz zu führen. Der Hauptteil des Löwenstein'schen Vortrages beschäftigte sich mit dem Schlagwort Kulturbolschewismus und der marxistischen Gedankenwelt. Wir wollen in einigen Stichworten die Löwenstein'sche Rede skizzieren:

Schlagworte wie Kulturbolschewismus sind nur geeignet, anstatt des geistigen Ringens und Schaffens leidenschaftliche Kulturfronten aufzurichten und denen das Spiel zu erleichtern, die den Geist durch Ungeist ersetzen wollen und müssen. Auf dem Gebiete des Weltanschaulichen gibt es keine verfassungsmässigen Vorrechte. Es gibt kein staatliches Kirchenmonopol mehr und der religiöse Mensch wie der Freidenker haben im Rahmen der verfassungsmässigen Bestimmungen das gleiche Recht der Entfaltung, der Propaganda und der Organisierung. Die Religionsgesellschaften sollten dem Freidenkertum gegenüber ein höheres Mass von Grosszügigkeit und Duldsamkeit zeigen. Das Gerede gegen den Marxismus ist die theoretische Einleitung für Lohnabbau, Sozialabbau und Abbau der öffentlichen Wirtschaft. Der Marxismus ist uns nicht Dogma, sondern die Theorie der Arbeiterklasse und hat der Arbeiterbewegung Richtung und Ziel gegeben. Die Bürgertlichen bleiben auch in ihrem Idealismus die Besitzenden und die Verteidiger dieses Besitzes. Die Einsicht der Arbeiter aber, dass ihre Not System ist, trägt die einzelnen Arbeiter über sich hinaus. Die Einsicht, dass das System änderbar ist und dass die Arbeiter es ändern können, macht die Arbeiter zu Kämpfern,

macht ihnen die Aenderung dieses Systems zur sittlichen Norm. Wir fürchten bei unserer Jugend nicht den "Radikalismus, sondern den Mangel an wirklichen Aufgaben und Verantwortung.

Löwenstein wandte sich dann der Ueberfüllung unserer Hochschulen zu und sagte: Trotz dieser Ueberproduktion an Akademikern werden wir dennoch nicht darauf verzichten können, den Arbeiterkindern den Weg zu den Universitäten und den Hochschulen zu öffnen. Wie die Arbeiterklasse das politische Monopol gebrochen hat, wie sie das wirtschaftliche Monopol des Besitzes an Produktionsmitteln brechen wird, so kann und wird sie auch das Bildungsprivileg der besitzenden Schichten aufheben. Der Aufstieg des einen oder anderen begabten und würdigen Arbeiterkindes ist ein Almosen. Die Arbeiterklasse will ihr Recht. Zum Schluss sprach Löwenstein für das 9. Schuljahr, dessen Lasten allerdings nicht allein den Eltern auferlegt werden könnten. Die Arbeiterklasse, so rief Löwenstein, bejaht auch in ihrer wirtschaftlichen Not die Kulturforderung, die ihr den Weg zu einer planvoll geordneten kulturerfüllten sozialistischen Gesellschaft öffnen.

Der Zentrumsabgeordnete Hofmann-Ludwigshafen sage, hoffentlich gelinge es dem Ausschuss endlich ein Reichsschulgesetz zustande zu bringen. Gewissensfreiheit, Elternrecht und Sicherung der in der Verfassung genannten Schularten seien allerdings Voraussetzung für die Mitbeteiligung des Zentrums. Bedauerlich sei, dass der Sportfonds von  $1\frac{1}{2}$  auf  $\frac{3}{4}$  Millionen gekürzt sei. - In persönlichen Bemerkungen zwischen dem Ministerialrat Seger und dem Kommunisten Torgler stellt der Ministerialrat fest, dass ihm in der Tat sowohl im Haushaltsausschuss wie im Plenum des Reichstages hinsichtlich des Potemkin-Filmes ein Irrtum unterlaufen sei. Es sei richtig, dass die Oberprüfstelle den Film auf Antrag Württembergs noch einmal geprüft habe. Er habe den Film so oft prüfen müssen, dass ihm diese Tatsache nicht mehr gegenwärtig gewesen sei. Auch bei dieser nachträglichen Prüfung sei aber der Film zugelassen worden. Weiterberatung Donnerstag 3 Uhr.

-----

SPD. London, 4. März (Eig. Drahtb.)

Die konservative Presse speit zu dem indischen Friedensschluss Gift und Galle und sieht in dieser Verständigung ein grosses Unglück und eine Kapitulation Englands. Die liberalen Zeitungen sind sehr befriedigt und rühmen die glückliche Verständigungsarbeit der Labour-Regierung.

Der "Daily Herald" sieht in der Verständigung den ersten grossen Schritt zur endgültigen Versöhnung und den beiderseitigen Willen zur Vollendung des auf der Londoner Konferenz begonnenen Werkes. Sowohl Ghandi wie der Vizekönig verdienen den Dank und das Lob beider Völker. Das Uebereinkommen von Delhi sei ein grosser Sieg, nicht für Ghandi und nicht für den Vizekönig, sondern für das Gemeinwohl.

Das englische Unterhaus wird am Donnerstag über den Friedensschluss informiert werden. - An der Londoner Börse steigen sowohl die indischen Papiere wie die englischen Baumwollaktien.

-----

SPD. London, 4. März (Eig. Drahtb.)

Henderson wurde am Mittwoch im Unterhaus mit grossem Beifall empfangen. Diese Begrüssung wiederholte sich, als er sich später erhob, um dem Hause die Unterzeichnung des englisch-französisch-italienischen Flottenpaktes mitzuteilen. Henderson führte u.a. aus, dass der Vertrag dem Wettrüsten zwischen Frankreich und Italien ein Ende mache und gute Aussichten für die allgemeine Abrüstungskonferenz eröffne. Einstweilen könne der Vertrag noch nicht bekannt gegeben werden.

-----

# Aus aller Welt

Das Ende einer Dynastie.

Bruno Scherls tragischer Abgang - Sind die Komplizen seiner Wechselafläre geisteskrank? - Geheimnisse hinter Irrenhausmauern.

SPD. Der seit dem 16. Januar in Berlin-Moabit zur Verhandlung stehende Dauerprozess gegen die Komplizen Bruno Scherls, den Rechtsanwalt Dr. Paul Wetzel und den Apotheker Bruch nahm ein ungewöhnliches Ende. Die Angeklagten wurden einer Irrenanstalt zur Beobachtung ihres Geisteszustandes überwiesen, nachdem der Prozess auf unbestimmte Zeit abgebrochen wurde. Ob er je wieder aufgenommen wird?

Selten dürfte ein grosser Prozess einen groteskeren Abschluss gefunden haben als dieser: die Angeklagten müssen ins Irrenhaus. Bruno Scherl, der Sohn des Verlegers August Scherl, war seinerzeit grosser Wechselschiebungen angeklagt und berief sich vor Gericht mit Emphase auf erhebliche Deckungsgelder, die ihm noch aus dem Verkauf der Scherlschen Druckerei vom Hause Hugenberg zustehen würden. Bruno Scherl erhob damals in aller Oeffentlichkeit die schwersten Vorwürfe gegen Hugenberg, der den riesigen Scherl-Konzern während des Krieges für ein Butterbrot gekauft hat. Scherl, der Wechselverbindlichkeiten eingegangen war, die tief in die Hunderttausende gingen, will diese zweifelhaften Geschäfte in der sicheren Erwartung grosser Summen eingegangen sein, die ihm seiner Ansicht nach vom Hause Hugenberg noch rechtlich und vor allen Dingen moralisch zustanden.

Während der Prozess gegen die Komplizen Scherls damals abgetrennt wurde - wer weiss, ob er aber auf Grund des neuesten Gerichtsbeschlusses überhaupt je zum Ende kommt - , wurde Bruno Scherl unter Zubilligung des Paragraphen 51 freigesprochen. Das Gericht war zu der Ansicht gekommen, dass man den unglücklichen, von Wahnideen befallenen Sohn des durch Hugenberg gehandicappten August Scherl nicht für seine Taten verantwortlich machen könne. Man hatte den Angeklagten während der Gerichtsverhandlung als einen nervösen Illusionisten und fantastischen Schwärmer kennen gelernt, der auf sämtliche Zuhörer einen ausgesprochen degenerierten Eindruck machte. Er war bestimmt nicht der Typus eines gewissenlosen und routinierten Betrügers, sondern ein hilfloser, in Wahnideen verrannter Mensch, der auch bei den konfusesten und gewagtesten geschäftlichen Machinationen immer wieder die Fata morgana der Hugenberg-Gelder vor Augen hatte, die ihn, so nahm er fest an, nicht nur sanieren mussten, sondern vor allem die rechtliche Unterlage für seine Wechselaflären geben sollten. Tatsächlich fehlten wohl für Bruno Scherl die rechtlichen Grundlagen seiner Ansprüche, obschon man ruhig sagen kann, dass der Meistercoup der Scherl-Erüberung durch Herrn Hugenberg bestimmt nicht zu den fairsten Geschäften gehört, die in den letzten Jahrzehnten getätigt worden sind.

Die Moabiter Gerichtsverhandlung gestaltete sich zu einem kleinen Privatdrama am Rande dieser Zeit. Dass hier ein schon immer psychopathischer Mensch indirekt das Opfer kalter Geschäftsenergien und ebenso korrekter, wie unmenschlicher Berechnung geworden war, lag für jeden auf der Hand, der diesen immerhin düsteren und bemerkenswerten Fall nicht nur schematisch, sondern vor

allem auch psychologisch sah. Hier liegt eine grosse Tragik: der Sohn eines Mannes, der vor dem Krieg zu den einflussreichsten und vermögendsten Verlegern Deutschlands gehört hatte, endet 20 Jahre später in tiefer Armut und umstrickt von einem tödlichen Netz kriminell anrühiger Wechselgeschäfte....

+

Bruno Scherl bekam seine Unzurechnungsfähigkeit gerichtlich bestätigt. Gegen seine Komplizen, den "Rechtsberater" Dr. Wetzel und den Apotheker Bruch ging die Verhandlung weiter und auch hier kam das Gericht, je mehr die Verhandlung fortschritt, zu der Erkenntnis, dass man es mit krankhaft veranlagten Menschen zu tun habe, die man nicht zur Verantwortung ziehen könne. Dabei war es symptomatisch, wie der Rechtsanwalt Dr. Wetzel, der zu Beginn des in mehreren Etappen verhandelten Prozesses einen durchaus intelligenten, kampfbereiten und zielbewussten Eindruck machte - sehr im Gegensatz zu dem apathischen Bruno Scherl - später immer mehr in sich zusammenfiel. Am Ende mussten die Hüter der Gerechtigkeit es aufgeben, das von seltsamer Tragik umwitterte Geheimnis von Bruno Scherl & Co. zu lüften. Die Mauern des Irrenhauses sind das Grab der grossmächtigen Zeitungsdynastie Scherl - und all die möglicherweise gar nicht unwichtigen Vorwürfe und Enthüllungen, die ein gesunder Bruno Scherl dem geheimrätlichen Hitler-Anbeter Hugenberg vielleicht zu machen hätte, werden nun wohl ein ewiges Geheimnis bleiben.

+

+

+

Kürten-Prozess am 13. April. Der Beginn des Riesenprozesses gegen den Düsseldorf-Massenmörder Kürten ist nunmehr auf den 13. April festgesetzt. Wegen des zu erwartenden Andranges von Presse und Publikum wird die Verhandlung in der Turnhalle der Polizeiunterkunft Nord stattfinden.

+

+

+

Raubüberfall in Berlin W. Am Mittwoch morgen drangen in Berlin drei maskierte mit Revolvern bewaffnete Verbrecher in die in der Fasanenstrasse gelegene Wohnung des Kaufmanns Reinermann ein, fesselten Reinermann, seine Frau und eine zu Besuch weilende Verwandte, die sämtlich im Bett lagen, durchstöberten die Schränke und raubten Schmucksachen im Werte von 25 000 Mark. Bevor die Verbrecher das Haus verliessen, durchschnitten sie die Telefondrähte. Ein Verfolgungsversuch misslang. Vorläufig fehlt von den Tätern noch jede Spur. Von den beraubten werden die Täter als etwa 30 bis 35 Jahre alte ziemlich gut gekleidete Leute beschrieben.

+

+

+

Postraub im D-Zug. Auf dem Barmer Hauptbahnhof stürzte sich am Mittwoch Morgen beim Einlaufen des Berliner D-Zuges ein Mann mit vorgehaltenem Revolver auf einen Postbeamten, der gerade mehrere Postsäcke in Empfang genommen hatte, ergriff einen der Beutel und flüchtete. Vermutlich hat der Räuber gehofft, Geldpost in die Hände zu bekommen. Der geraubte Postbeutel enthielt jedoch nur gewöhnliche Briefsendungen.

+

+

+

Schwimmer in Haifisch-Gefahr. In Kapstadt unternahm ein junger Universitätsstudent R. Tasker den kühnen Versuch, von der vor Kapstadt gelegenen Robbeninsel zum Hafen zu schwimmen. Ungefähr 900 Meter vom Schwimmer entfernt wurde plötzlich ein riesiger Hai gesichtet, der sich ihm näherte. Das Begleitboot des Schwimmers signalisierte sofort dem Polizeiwachtboot am Ufer die Gefahr. Das Boot verfolgte den Haifisch, bis er nur noch wenige Meter von Tasker entfernt war, ohne dass der Schwimmer etwas von der Gefahr ahnte. Erst durch die Schüsse, die das Tier töteten, wurde Tasker aufmerksam; der Schreck lähmte ihn so, dass er in das Boot gezogen werden musste.

+

+

+

Verbrüht. Das zwei Jahre alte Kind eines Chauffeurs in Hagenau (Elsass) stiess beim Spielen gegen einen Topf mit kochender Milch und verbrühte sich so schwer, dass es bald darauf verstarb.

+

+

+

Hochzeit im Wasser. Die Manie der geistlosen snobistischen Mätzchen, die in Hollywood mit so viel Liebe gepflegt werden, scheint jetzt auch nach Paris bergreifen zu wollen. So fand in dem Luxuslokal "Lido" in den Champs Elysée, das eine Mischung von Schwimmbad und Tanzlokal darstellt, eine Hochzeit im Wasser statt. Braut und Bräutigam, und zwar der französische Schwimmer Bouilly und die spanische Tänzerin Maria del Pilar, sowie die ganze geladene Hochzeitsgesellschaft standen während der Trauzeremonie im Wasser, während der Pastor in einer schwankenden Gondel stand, als er die Predigt verlas.

+ + +  
Bombenexplosion. In Philadelphia ereignete sich in einer Passage, durch die eins der grössten Hotels der Stadt untertunnelt wird, eine Bombenexplosion. 25 Personen wurden verletzt.

+ + +  
Berggrutsch. In Thörnich an der Mosel lösten sich am oberen Teil eines Weinbergs mehrere hundert Kubikmeter Boden und stürzten mit Lawinenwucht zu Tal. Der angerichtete Materialschaden ist sehr gross.

+ + +  
"Im Westen nichts Neues" als Bildwerk. Mitte März wird im Ernst Rowohlt-Verlag, Berlin der Film "Im Westen nichts Neues" als eine Art Bilderbuch erscheinen. Das Werk wird etwa 200 Bilder aus dem verbotenen Film enthalten.

+ + +  
Segler gesunken: sechs Tote. Während eines schweren Sturmes sank in der Nähe von Genua ein sizilianischer Segler. Die aus sechs Mann bestehende Besatzung fand den Tod in den Wellen.

+ + +  
Schnaps im Meer. Unter rätselhaften Umständen sank vor dem New Yorker Hafen der Schoner "John Manning" der amerikanischen Alkoholschmuggler - eines jener Schiffe, das niemals über die Zwölfmeilengrenze hinausfuhr und von dem aus der kostbare Sprit durch schnelle Motorboote an Land transportiert wurde. "John Manning" war mit 12 Matrosen bemannt; sie konnten gerettet werden. Als das Schiff sank, war eine Ladung von 7 000 Kisten Schnaps an Bord.

+ + +  
Was kostet Menschenblut? Das Allgemeine Krankenhaus in Laibach (Jugoslawien) erliess einen Aufruf, in dem Personen gesucht werden, die sich für Bluttransfusionsversuche zur Verfügung stellen. Es meldeten sich 30 Männer, die sich gegen ein Entgelt von 400 Dinar (324 Mark) einen halben Liter ihres Blutes abzapfen lassen wollen.

+ + +  
Das Grosse Los! In der Mittwoch-Nachmittagsziehung der Preussisch-Süddeutschen Klassenlotterie wurde auf Nummer 141 328 das Grosse Los (500 000 Mark) gezogen; der Gewinn fällt in der ersten Abteilung nach Hessen-Nassau, in der zweiten nach Hessen-Darmstadt.

+ + +  
Entgleister Petroleumzug. Auf der rumänischen Eisenbahnstation Sighireanu nahe der Hafenstadt Konstanza entgleiste infolge falscher Weichenstellung ein Petroleumzug, wobei ein Tank explodierte. Ein Heizer kam ums Leben, zwei Bahnarbeiter wurden schwer verletzt.

+ + +  
Wolfsplage in Bulgarien. In den westbulgarischen Grenzkreisen Küstendiel und Petritsch hat die Bauernbevölkerung in letzter Zeit ungeheuer unter der Wolfsplage zu leiden. Tagtäglich werden Menschen und Viehherden von den hungrigen Bestien, die in grossen Rudeln auftreten, angefallen.

# Gewerkschaftliche Rundschau ✘

Die Bankangestellten tagen.

Bankrott der Maschinerisierung.

SPD. Es gibt Leute, die stets Geld in der Hand und doch keins in der Tasche haben. Das sind die Geld-Arbeiter, die Bankbeamten und Bankangestellten. Ihre Herren und Gebieter sind neben den Industriekapitänen die Könige unserer Zeit. Mehr denn je regiert heute das Geld in der Welt. Tagtäglich haben die Bankproleten mit diesem wirklich vaterlandslosen Gesellen zu tun und trotzdem hat bei ihnen der alte Kampfruf der Arbeiterbewegung zur Einigung über die ganze Welt hin noch lange nicht den eigentlich zu erwartenden Widerhall gefunden. Der Stehkragenproletarier, der - wenn heute auch ohne Stehkragen - an Zahl im Verhältnis zu den Arbeitern in den letzten Jahren stark zunahm, hat in seiner grossen Masse noch immer nicht seine Lage begriffen, obwohl der Traum vom Feldherrnstab im Tornister gründlich ausgeträumt sein dürfte. Die Idee des internationalen Zusammenschlusses - wenn irgendwo dann bei den Bankangestellten eine Selbstverständlichkeit - muss auch heute noch im Kampf gegen den Unverstand der Massen mühselig in die Köpfe des Bankproletariats eingehämmert werden. Welch schweres Stück Arbeit hier noch zu bewältigen ist, davon gab der Auftakt einer grossen freigewerkschaftlichen Bankangestelltentagung, die am Mittwoch in Berlin begann, vielfach recht drastisch wirkende, trotzdem aber nicht entmutigende Bilder.

Es ist ein weiter und steiniger Weg bis zu einer internationalen Kampforganisation der Bankangestellten, die wirtschaftlich und politisch bestimmend in die Weltregierung des Geldes eingreifen könnte - ein weiter Weg, aber auf diesem Weg wird immerhin rüstig marschiert. Das war der Grundakkord, der den organisatorischen Ueberblick des Vorsitzenden des Internationalen Bundes der Privatangestellten Smit-Amsterdam beherrschte. Mühsam nur geht es organisatorisch in manchen Ländern vorwärts, allein die gleichen Ursachen, die der Bankangestelltenbewegung wie der Gewerkschaftsbewegung überhaupt im Wege stehen, wirken auch als Ansporn. Krise und Rationalisierung bringen so manchen Kopf der Bankangestellten zum Nachdenken, öffnen so manchem treuen Diener seines Herrn die Augen. England ist ein Beispiel dafür. Auch dort regt es sich unter den Angestellten. Und wo bereits eine freigewerkschaftliche Bankangestelltenorganisation besteht, findet man allmählich auch den Anschluss an die allgemeine, im Internationalen Gewerkschaftsbund zusammengefasste, Gewerkschaftsbewegung. Das war in Norwegen der Fall, und damit ist auch in Dänemark zu rechnen. In den Ländern mit noch verhältnismässig schwacher Arbeiterbewegung steht der Internationale Bund den Bankangestellten hilfreich zur Seite, um ihnen organisatorische Entwicklung und praktische gewerkschaftliche Arbeit zu ermöglichen. Das gilt vor allem für die östlichen Länder wie Griechenland und Rumänien. Das engere Zusammenrücken der freien Angestelltenbewegung und der Arbeiterbewegung im IGB, wo an den Sitzungen des Vorstandes stets auch der Sekretär des Internationalen Bundes teilnimmt, und ebenso die nunmehr in Genf vorhandene Möglichkeit kräftigerer Mitwirkung auf dem Gebiet der internationalen Sozialpolitik durch den Angestelltenausschuss bedeutet auch für die internationale Bewegung der Bankangestellten eine organisatorische Kräftigung. Ebenso erhofft man eine solche Stärkung auch von der Berliner Tagung.

Engere Fühlungnahme der Bankangestellten mit der allgemeinen Angestelltenbewegung zwecks Schaffung einer grossen einheitlichen Angestelltenbewegung und

Tuchfühlung mit den Arbeitern - das war auch die die Aussprache über Smits' Rechenschaftsbericht beherrschende Auffassung. Tuchfühlung mit der Arbeiterschaft, betonte Marx-Berlin, der Vorsitzende des Allgemeinen Verbandes der deutschen Bankangestellten, ist in Deutschland kein Problem mehr, sondern eine Selbstverständlichkeit. Beiden: dem Arbeiter wie dem Angestellten, ist aber leider immer noch nicht genügend zum Bewusstsein gebracht, dass ohne Ueberwindung der Lohnsklaverei kein Fortschritt möglich ist, und dass in diesem Kampf kein Unterschied gemacht werden kann zwischen Industriekapital oder Finanzkapital. Auf welchem organisatorischen Weg die Kampffront der Bankangestellten hergestellt werden muss, ist eine Frage der Zweckmässigkeit. Die Hauptsache ist, dass wie in Deutschland der Allgemeine Verband so in allen Ländern die freigewerkschaftliche Bankangestelltenorganisation das Bankproletariat führt und die noch abseits stehenden und säumigen Kollegen aufrüttelt.

Die Frage Sonderverbände oder Allgemeiner Angestelltenverband wurde auch von dem Sekretär des Bundes in seinem Schlusswort noch einmal aufgegriffen. Er betonte, dass man sich in dieser Frage der historischen Entwicklung in den verschiedenen Ländern anpassen habe. Man könne nicht alles über einen Kamm scheren. Schliesslich müssten die Sonderverbände sich zwangsläufig zu einer grösseren Gesamtorganisation zusammenschliessen und ebenso müsse sich ein allgemeiner Verband Sektionen schaffen, wenn er praktische Arbeit leisten wolle. Beide Wege: der von der Zentralorganisation zur Sonderorganisation und der vom Sonderverband zu einer allgemeinen Organisation sei in den einzelnen Ländern möglich. Oesterreich habe z.B. seine Industrieangestellten und Deutschland habe Werkmeister, Techniker und kaufmännische Angestellte. Wichtiger als diese organisatorischen Fragen sei die Aufrüttelung und Sammlung der Geister. Nie sei ein neuer freigewerkschaftlicher Weckruf unter den Bankangestellten notwendiger gewesen als in diesen Tagen, wo allmählich die Einsicht dämmere, dass die grausige Mechanisierung und Maschinisierung der Betriebe mit all ihren furchtbaren Plagen für das Personal ein Fehler und Missgriff war. So kämen aus den französischen und holländischen Banken immer mehr Stimmen, die erklärten, dass der Apparat nach der Mechanisierung schlechter arbeite als früher. Die Mechanisierung habe vor allem in der Arbeitszeit unerträgliche Zustände geschaffen, denn die Maschinenarbeit beginne meist erst am Abend, nachdem die Vorarbeiten erledigt seien, so dass bis tief in die Nacht hinein geschuftet werden müsse.

Smit schloss mit der Feststellung, dass die Aussprache Zufriedenheit mit der Arbeit des Sekretariats ergeben hat. =

+

Am Donnerstag Abend findet im Berliner Lehrervereinshaus eine internationale Kundgebung der Gross-Berliner Bankangestellten statt.

-----

SPD. Der Termin zur Klärung des Rechtsstreits zwischen den Eisenbahnerorganisationen und der Reichsbahn wegen der von der Hauptverwaltung im Gegensatz zu den Tarifvertrag vorgenommenen Einlegung von Feierschichten ist auf den kommenden Freitag festgesetzt. Die Verhandlungen finden vor der Reichsbahn-Fachkammer beim Arbeitsgericht Berlin statt.

-----

SPD. Die Dresdner Strassenbahner - im Arbeitsverhältnis stehen 3 000 Mann - haben sich für die Einführung der 44-Stunden-Woche zur Freimachung von Arbeitsplätzen für Wohlfahrtserwerbslose ausgesprochen. Die Entschliessung, die den Abschluss des vom Gesamtverband in Verhandlungen mit der Strassenbahn A.G. vorbereiteten Kurzarbeitsabkommen fordert, wurde gegen 2 Stimmen angenommen. Das Abkommen soll noch im Monat März in Kraft treten.



Tuchfühlung mit den Arbeitern - das war auch die die Aussprache über Smits-Rechenschaftsbericht beherrschende Auffassung. Tuchfühlung mit der Arbeiterschaft, betonte Marx-Berlin, der Vorsitzende des Allgemeinen Verbandes der deutschen Bankangestellten, ist in Deutschland kein Problem mehr, sondern eine Selbstverständlichkeit. Beiden: dem Arbeiter wie dem Angestellten, ist aber leider immer noch nicht genügend zum Bewusstsein gebracht, dass ohne Ueberwindung der Lohnsklaverei kein Fortschritt möglich ist, und dass in diesem Kampf kein Unterschied gemacht werden kann zwischen Industriekapital oder Finanzkapital. Auf welchem organisatorischen Weg die Kampffront der Bankangestellten hergestellt werden muss, ist eine Frage der Zweckmässigkeit. Die Hauptsache ist, dass wie in Deutschland der Allgemeine Verband so in allen Ländern die freigewerkschaftliche Bankangestelltenorganisation das Bankproletariat führt und die noch abseits stehenden und säumigen Kollegen aufrüttelt.

Die Frage Sonderverbände oder Allgemeiner Angestelltenverband wurde auch von dem Sekretär des Bundes in seinem Schlusswort noch einmal aufgegriffen. Er betonte, dass man sich in dieser Frage der historischen Entwicklung in den verschiedenen Ländern anzupassen habe. Man könne nicht alles über einen Kamm scheren. Schliesslich müssten die Sonderverbände sich zwangsläufig zu einer grösseren Gesamtorganisation zusammenschliessen und ebenso müsse sich ein allgemeiner Verband Sektionen schaffen, wenn er praktische Arbeit leisten wolle. Beide Wege: der von der Zentralorganisation zur Sonderorganisation und der vom Sonderverband zu einer allgemeinen Organisation sei in den einzelnen Ländern möglich. Oesterreich habe z.B. seine Industrieangestellten und Deutschland habe Werkmeister, Techniker und kaufmännische Angestellte. Wichtiger als diese organisatorischen Fragen sei die Aufrüttelung und Sammlung der Geister. Nie sei ein neuer freigewerkschaftlicher Weckruf unter den Bankangestellten notwendiger gewesen als in diesen Tagen, wo allmählich die Einsicht dämmere, dass die grausige Mechanisierung und Maschinisierung der Betriebe mit all ihren furchtbaren Plagen für das Personal ein Fehler und Missgriff war. So kämen aus den französischen und holländischen Banken immer mehr Stimmen, die erklärten, dass der Apparat nach der Mechanisierung schlechter arbeite als früher. Die Mechanisierung habe vor allem in der Arbeitszeit unerträgliche Zustände geschaffen, denn die Maschinenarbeit beginne meist erst am Abend, nachdem die Vorarbeiten erledigt seien, so dass bis tief in die Nacht hinein geschuftet werden müsse.

Smit schloss mit der Feststellung, dass die Aussprache Zufriedenheit mit der Arbeit des Sekretariats ergeben hat. -

+

Am Donnerstag Abend findet im Berliner Lehrervereinshaus eine internationale Kundgebung der Gross-Berliner Bankangestellten statt.

SPD. Der Termin zur Klärung des Rechtsstreits zwischen den Eisenbahnerorganisationen und der Reichsbahn wegen der von der Hauptverwaltung im Gegensatz zu den Tarifvertrag vorgenommenen Einlegung von Feierschichten ist auf den kommenden Freitag festgesetzt. Die Verhandlungen finden vor der Reichsbahn-Fachkammer beim Arbeitsgericht Berlin statt.

SPD. Die Dresdner Strassenbahner - im Arbeitsverhältnis stehen 3 000 Mann - haben sich für die Einführung der 44-Stunden-Woche zur Freimachung von Arbeitsplätzen für Wohlfahrtserwerbslose ausgesprochen. Die Entschliessung, die den Abschluss des vom Gesamtverband in Verhandlungen mit der Strassenbahn A.G. vorbereiteten Kurzarbeitsabkommen fordert, wurde gegen 2 Stimmen angenommen. Das Abkommen soll noch im Monat März in Kraft treten.

Die Direktion hat zugesichert, etwa 200 bis 250 Wohlfahrtsunterstützte zur Einstellung zu bringen. Sie will auch den allergrössten Teil der vor kurzem entlassenen Aushilfsschaffner wieder einstellen. Als Geltungsdauer der Vereinbarung ist die Zeit bis zum 30. September vorgesehen. -

Diese Aktion der Dresdener Strassenbahner ist ein prachtvoller Ausdruck der unter den organisierten Arbeitern lebendigen Solidarität mit den Opfern der Arbeitslosigkeit. Die Strassenbahner verzichten auf einen Teil ihres Lohnes, um Erwerbslosen Arbeitsplätze frei zu machen. Sie liefern den Beweis, dass auch die Betriebe der öffentlichen Hand wesentlich zur Einstellung langfristiger erwerbsloser Arbeiter beitragen können. Die Aktion der Strassenbahner hat in Dresden unter den Arbeitslosen einen sehr guten Eindruck gemacht. Die Phrasen der kommunistischen Redner über den Verrat der Gewerkschaften wurden in der Versammlung der Strassenbahner, in der die Entscheidung fiel, mit Gelächter abgetan. Arbeitslose Strassenbahner erklärten mit besonderem Nachdruck, die positive Arbeit der Gewerkschaften werde auch von den Arbeitslosen anerkannt.

Macht's nach! Auch in anderen Städten muss nach dem Dresdner Vorbild eine Arbeitszeitverkürzung - und nicht nur bei den Strassenbahnen durchgeführt werden.

SPD. Der Vorstand der Bergarbeiterinternationale nahm in Amsterdam zu dem Genfer Arbeitszeitentwurf Stellung. Der vorgesehene  $7 \frac{3}{4}$  Stundentag wurde als unannehmbar bezeichnet. Die Bergarbeiter halten im Hinblick auf die grosse Arbeitslosigkeit an ihrer Forderung auf Festlegung des 7-Studentags unbedingt fest.

Man darf erwarten, dass die Regierungen in Genf sich auf die Seite der Arbeiter stellen. Die Arbeitszeitverkürzung ist ja auch ein internationales Problem, wie der deutsche Reichsarbeitsminister wiederholt betont hat. Die internationale Regelung der Grubenarbeitszeit bietet eine Gelegenheit, mit der internationalen Arbeitszeitverkürzung einmal einen Anfang zu machen.

SPD. Der Reichsarbeitsminister fordert in einem Rundschreiben an die Landesregierungen Vergrösserung der Landzulage für Landarbeiterstellen und Beschränkung der Baukosten für den Wohnraum. Für Stellen, die wenigstens 1 Hektar Landzulage erhalten, dürfen künftig zusätzliche Darlehen aus Reichs- und Landesmitteln gewährt werden. Ebenso wird die Ersparnis an Förderungsdarlehen, die sich durch die Einschränkung des Wohnraums ergibt, für den Land-erwerb zur Verfügung gestellt. Die Durchführung der Vorschriften obliegt den Landesbehörden.

SPD. Die Verhandlungen zur Neuregelung des Reichstarifs (einschliesslich des Lohnabkommens) der Schuhindustrie, die dieser Tage in Berlin stattfanden, führten zu keinem Ergebnis. Vor allem konnte in der Frage der Akkordregelung keine Einigung erzielt werden.

Wie wir erfahren, wollen die Arbeitgeber das Reichsarbeitsministerium ersuchen, Schlichtungsverhandlungen anzuberaumen. Vom Zentralverband der Schuhmacher liegt eine Meldung über den Verlauf der Verhandlungen noch nicht vor.

## Agrarpolitische Vernunft siegt.

-SPD. Durch das Fernbleiben der beiden radikalen Rechtsparteien von der parlamentarischen Arbeit konnte sich bei den Abstimmungen zum Etat des Reichs-ernährungsministeriums die agrarpolitische Vernunft durchsetzen. Am Dienstag abend sind die Anträge der soziale okratischen Partei, wieder 50 000 to Gefrierfleisch zollfrei einzuführen und die den Verbrauch beschränkenden Paragraphen des Brotgesetzes aufzuheben, im Plenum angenommen worden.

Im April vorigen Jahres hatte sich der Reichstag auf Drängen der Landwirtschaft bereit erklärt, das zollfreie Gefrierfleischkontingent zu beseitigen. Dieser Beschluss war aber gefasst worden, nachdem der Reichs ernährungsminister Schiele feierlich versprochen hatte, für Minderbemittelte verbilligtes Frischfleisch zur Verfügung zu stellen. Dieses Versprechen ist niemals eingelöst worden. Der Vorschlag der Regierung, die durch Fortfall der Zollfreiheit für Gefrierfleisch entstehende zusätzliche Zolleinnahme für die Verbilligung von Frischfleisch zu verwenden, war aber hinfällig geworden, da durch die Wiedereinführung des § 12 des Fleischbeschaugesetzes die Einfuhr von Gefrierfleisch überhaupt unterbunden ist. Da eine Verbilligungsaktion, die einen vollwertigen Ersatz für den Ausfall der Gefrierfleischeinfuhr bieten konnte, rund 500 bis 600 Millionen Mark gekostet hätte und wegen der schlechten Finanzlage des Reiches unmöglich aus öffentlichen Mitteln bestritten werden konnte, brachte die sozialdemokratische Fraktion wiederholt Anträge auf Wiedereinführung des zollfreien Gefrierfleischkontingents ein. Am Dienstag ist nun endlich der sozialdemokratischen Initiative entsprochen worden. Damit ist wieder die Versorgung der notleidenden Bevölkerung mit billigem und dazu hochwertigem Fleisch möglich.

Das Brotgesetz, dessen schädlichste Bestimmungen jetzt ebenfalls beseitigt sind, wurde im vorigen Sommer eingeführt. Mit seiner Hilfe sollte der Roggenverbrauch gehoben werden, da nach diesem Gesetz die Müller den Roggen nicht mehr zu 70 bis 75 % ausmahlen durften, sondern nur noch bis zu 60 %. Kluge Leute hatten berechnet, dass durch die Ermässigung der Ausmahlung ein jährlicher Mehrverbrauch von 750 000 to Roggen entstehen würde. Diese Erwartungen sind aber nicht eingetroffen. Es hat sich gezeigt, dass die bisherige Ausmahlung den Bedürfnissen der Verbraucher entsprach und zwangsmässig nicht ohne den Roggenverbrauch einschränkende Folgen abgeändert werden kann. Das Publikum hat das durch die geringere Ausmahlung verursachte helle Roggenbrot abgelehnt, weil es schlechter schmeckt und viel schneller austrocknet. Die Folge war, dass der Roggenverbrauch anstatt sich zu heben, um 10 % zurückging.

Ebenfalls sind die Bestimmungen aufgehoben worden, nach denen zum Weizenbrot 30 % Roggenmehl beigemischt werden muss und zu den Brötchen (Schrippen, Semmeln usw.) 10 % Kartoffelmehl verwendet werden kann. Auch durch diese Bestimmungen erfolgte eine Verminderung des Konsums; denn selbstverständlich wurde das Weizengebäck durch die Beimischung verschlechtert.

Ganz besonders ist die Aufhebung im Interesse der Konsumvereine zu begrüßen, da diese und die Brotfabriken sich wegen der bei ihnen viel leichter durchzuführenden Kontrollen genau an die Bestimmungen des Gesetzes halten mussten, während die kleineren Bäckereien viel leichter die Möglichkeit hatten, das Gesetz zu übertreten und damit ein besseres Brot herstellen konnten als

die grossen Betriebe.

Die Landwirtschaft hat durch das Brotgesetz nicht den geringsten Nutzen gehabt und sie kann es der Sozialdemokratie danken, wenn durch ihre Initiative diese den Konsum einschränkenden Massnahmen aufgehoben werden.

SPD. Im Jahre 1930 wurde mit Mitteln des Reichskuratoriums für Technik in der Landwirtschaft die Jonisator-Kulturanlage nach Zacher vom Institut für Acker- und Pflanzenbau der Landwirtschaftlichen Hochschule Berlin und der Landwirtschaftskammer Hannover eingehend geprüft.

Dieses Verfahren soll bei unseren Kulturpflanzen ohne erhebliche Mehraufwendungen durch im Erdboden fliessende elektrische Feinströme eine Ertragssteigerung herbeiführen. Hierzu werden Zink- und Kupferdrähte mit angelöteten Zink- und Kupferplatten in bestimmten Abständen in den Erdboden verlegt. Die Kupfer- und Zinkelektroden bilden in Verbindung mit dem Erdboden ein galvanisches Element, wobei die Bodenlösung als Elektrolyt dient.

Von der Landwirtschaftskammer Hannover wurden mit folgenden Kulturpflanzen Sommergerste, Hafer, Kartoffeln, Zucker- und Runkelrüben, Buschbohnen, Steckrüben und Rotkohl in der damals üblichen Anordnung (4 m Drahtabstand, 8 m Elektrodenabstand) Versuche eingeleitet.

Vom Institut für Acker- und Pflanzenbau wurden auf den Bornimer Versuchsfeldern 3 Versuche mit verschiedenen Draht- und Elektrodenabständen (5 x 10, 4 x 8, 3 x 3 m) und verschiedenen Feldfrüchten, Kartoffeln, Hafer, Sommergerste und Sommerroggen durchgeführt.

Eine ausserhalb der Fehlergrenze liegende, günstige Wirkung der durch die Jonisator-Elektroden-Kulturanlage nach Zacher hervorgerufenen Bodenströme war bei keiner Versuchsreihe und keiner Frucht, weder während der Vegetationszeit, noch bei der Ertragsfeststellung zu erkennen.

Infolgedessen wird nach dem gegenwärtigen Stand der Versuche der praktischen Landwirtschaft empfohlen, von einer Anwendung der Jonisator-Elektroden-Kulturanlage nach Zacher abzusehen.

SPD. Das Einkommensteuergesetz vom 10. August 1925 enthält unter Bestimmungen über die Besteuerung nach dem Verbrauch. Der § 49 dieses Gesetzes besagt, dass, wenn das festgestellte Einkommen eines unbeschränkt Steuerpflichtigen unter Berücksichtigung der gesamten Lebensverhältnisse in einem offenen Missverhältnis zu seinem Verbrauch steht, dieser Verbrauch anstelle des Einkommens der Besteuerung zu Grunde gelegt werden kann. Es ist nun allgemein bekannt, dass die ostelbischen Grossgrundbesitzer - ihre westdeutschen Standesgenossen machen es natürlich nicht anders - auf Grund ihrer Buchführung den Finanzämtern in der Regel kein Einkommen, sondern Verluste nachweisen, sodass sie von der Einkommensteuer überhaupt befreit sind. Nur in ganz seltenen Ausnahmefällen werden die Herren Grossagrarien dann zur Einkommensteuer nach dem Verbrauch herangezogen. Hierbei werden ihnen jedoch von vornherein 15 000 Mark für den eigenen Verbrauch im Haushalt einkommensteuerfrei gelassen und es soll bei dieser Summe noch nicht einmal genau gerechnet werden.

Demgegenüber wurde z.B. in Schlesien ein Kleinstellenbesitzer mit 5 Morgen Eigentum, 4 Morgen Pachtland und 10 Morgen noch nicht aufgelassenem und noch nicht bezahltem Anliegersiedlungsland in Ertragswertklasse 19, der zweit-schlechtesten Schlesiens, zu 35 Mark Einkommensteuer pro Jahr veranlagt. Ein schreienderes Missverhältnis ist wohl nicht zu denken.

Diese Art der Besteuerung verdient aber auch deshalb noch besondere Verurteilung, weil ein "offenbares Missverhältnis" zwischen dem Einkommen und dem Verbrauch nur dann angenommen werden kann wenn der Verbrauch mindestens um die

Hälfte höher ist als das Einkommen. Das heisst also: der Gutsbesitzer darf nicht nur 15 000 Mark für sich und seine Familie im Haushalt verbrauchen, sondern er wird auch nicht zur Einkommensteuer nach dem Verbrauch herangezogen, wenn er beispielsweise dem Finanzamt auf Grund seiner Buchführung ein Einkommen von 15 000 Mark nachweist, aber tatsächlich 27 500 Mark für seinen Haushalt verbraucht hat. So konnte es geschehen, dass in den verschiedensten Fällen auch der Reichsfinanzhof höchst merkwürdige Entscheidungen zutage förderte.

Die "Deutsche Bauernzeitung" berichtete darüber, dass ein Rittergutsbesitzer, der aus Kapitalvermögen und Vermietung ein Einkommen von 18 000 Mark erzielt hatte, aber aus seinem landwirtschaftlichen Betrieb dem Finanzamt für das Steuerjahr 1924/25 einen Verlust von 47 000 Mark nachwies, nach § 49 des Einkommensteuergesetzes mit 16 858 Mark zur Besteuerung nach dem Verbrauch herangezogen wurde. Die Besteuerung nach dem Verbrauch wurde damit begründet, dass der Rittergutsbesitzer eine Jagdpacht von 5 458 Mark jährlich aufgewendet hatte. Er erhob gegen seine Heranziehung zur Einkommensteuer nach dem Verbrauch Beschwerde beim Reichsfinanzhof mit der Angabe, dass er die Jagd nur gepachtet habe; um seinen im Betrieb tätigen Söhnen eine Abwechslung zu bieten. Und der Reichsfinanzhof hat ihn dann von der Einkommensteuer freigestellt, weil nämlich der Verbrauch die Mindestgrenze von 15 000 Mark nur unwesentlich überschritten habe und weil die Lebenshaltungskosten des Beschwerdeführers erheblich vermindert würden, wenn die Söhne statt in seinem Betrieb anderswo ihren Lebensunterhalt verdienten. Die Unterhaltung der Söhne sei also etwa "Werbungskosten" gleichzustellen.

Vergleicht man demgegenüber nochmals das eingangs erwähnte Beispiel des Kleinstellenbesitzers, der von seiner geringen Ackerfläche 35 Mark Einkommensteuer im Jahre zahlen musste, so ist die Ungeheuerlichkeit der Besteuerung nach dem Verbrauch damit erwiesen und die Notwendigkeit der Beseitigung des § 49 des Einkommensteuergesetzes vom 10. August 1925 hinreichend dargetan.

Um die daraus erwachsenden Härten wenigstens etwas zu mildern, hat die sozialdemokratische Reichstagsfraktion soeben die Herabsetzung des einkommensteuerfreien Betrages bei der Besteuerung nach dem Verbrauch von 15 000 R $\%$  auf 8 000 R $\%$  beantragt.

-----

SPD. Einer der grossen Konzerne in Deutschland hat Schwierigkeiten gehabt die für seine englische Anleihe fällig gewordenen Zinsen und Tilgungen aufzubringen. Es ist Blumensteinkonzern, der wohl durch seine Finanzierungsgesellschaft, die Bank für Textilindustrie, A.G. in Berlin, in den weitesten Kreisen bekannt sein dürfte. Für die Grossbanken, die mit Blumenstein Verbindung haben, war es ein Leichtes, die Schwierigkeiten zu beheben. Nachdem das geschehen ist, scheint man aber an eine Neuregelung in diesem Konzern gehen zu wollen.

Beim Blumensteinkonzern handelt es sich um eine eigentümliche Verbindung zwischen Textilindustrie und der Mühlenindustrie. Soweit die Mühlenindustrie in Betracht kommt, bestehen Verbindungen zwischen den Illkircher Grossmühlen (Frankreich) und den Berliner Unternehmungen. Der Besitz der Blumensteins in der Textilindustrie ist ein grosser und sehr mannigfacher. Er erstreckt sich nicht nur auf die Juteindustrie, die naturgemäss, weil sie die für die Mehlerladung notwendigen Säcke herstellt, mit der Mühlenindustrie zu tun hat, sondern auch auf die Baumwoll-, die Leinen- und die Hanfindustrie. Die verschiedenen Unternehmungen sind nicht produktionstechnisch zusammengefasst. Die Beteiligungen an ihnen sind in der Bank für Textilindustrie vereinigt. Daneben gibt es noch eine Dachgesellschaft, die Joseph und Alfred Blumenstein G.m.b.H., eine weitere Beteiligungsgesellschaft in Berlin, die Textilverwaltung A.G. und die sogenannte Alindu A.G. in Amsterdam, d.h. die Allgemeine Industriellen Bankvereinigung.

Die obenerwähnten Schwierigkeiten ergaben sich dadurch, dass die Blumensteins 1925 sozusagen als erstes deutsches Unternehmen eine grosse englische Anleihe in Höhe von 20 Millionen Mark hereinbrachten. Dass das zu damaliger Zeit eine Leistung war, muss anerkannt werden, wenn der Zinsfuß von 7 % mit jährlich steigenden Amortisationen die Werke gerade jetzt in der Krise schwer belastet. Die Haftung für die Anleihe wurde auch von einer Reihe von Werken gemeinschaftlich übernommen. Es handelt sich also um eine sogenannte Solidarhaftung. Zu den betroffenen Werken gehören I.G. Brügelmann G.m.b.H. Ratingen, die Moritz Ribbert A.G. Hohenlimburg, die Gesellschaft für Spinnerei und Weberei Ettlingen, die Spinnerei Lauffenmühle G.m.b.H., die Viersener A.G. für Spinnerei und Weberei, die A.G. für Leinen- und Baumwollspinnerei Schweidnitz, die Erdmannsdorfer A.G. für Flachsgarn-Masch.-Spinnerei und Weberei, die Hanf-Union A.G. Schopfheim, die Spinnindustrie A.G. vorm. Mühlen & Peltzer, die Segeltuch-Industrie A.G. Meerane und die Vereinigten Vigogne-Spinnereien A.G. in Chemnitz. Die englischen Schwierigkeiten sind bei Blumensteins aus dem Wege geräumt worden. Die Sache ist nun die, dass die Blumensteins auch an anderer Stelle, bei den deutschen Grossbanken verschuldet sind. Die Verpflichtungen Blumensteins bei den deutschen Grossbanken dürften zwischen 50 und 70 Millionen schwanken. Es ist möglich, dass die Grossbanken an eine Bereinigung des Konzerns gehen. Das könnte unter Umständen Abstossung von Werken bedeuten. Ein Verkauf ist aber nur möglich, wenn die Werke aus der Solidarhaftung der englischen Anleihe befreit werden.

-----  
Abflachung bei geringsten Umsätzen.  
 -----

(Berliner Getreidebörse vom 4. März.)

SPD. Die Berliner Produktenbörse verkehrte am Mittwoch in matterer Haltung. Am Markte der Zeitgeschäfte waren besonders die späteren Sichten merklich abgeschwächt. Juli verlor beim Weizen ca. 4, beim Roggen ca. 3 Mark. In effektiver Ware ergaben sich gleichfalls Preiseinbussen von ca. 2 Mark für beide Brotgetreidearten. Dabei war das Angebot höchstens für Weizen etwas stärker. Zu Preiskonzessionen bestand jedoch keine Neigung bei den Landwirten. Daher blieb auch die Umsatztätigkeit sehr gering. Die Forderungen der Mühlen lauteten unverändert, wurden jedoch nicht bewilligt.

	<u>3. März</u>	<u>4. März</u>
	(ab märkische Station)	in Mark)
Weizen	291 - 293	291 - 293
Roggen	167 - 169	166 - 168
Braugerste	209 - 217	209 - 217
Futter- und Industriegerste	193 - 209	193 - 209
Hafer	149 - 155	147 - 154
Weizenmehl	34,50 - 40,75	34,50 - 40,75
Roggenmehl	24,50 - 27,50	24,50 - 27,50
Weizenkleie	11,75 - 12,00	11,75 - 12,00
Roggenkleie	10,40 - 10,75	10,40 - 10,75

Handelsrechtliche Lieferungsgeschäfte: Weizen März 304 - 303, Mai 308 - 306 $\frac{3}{4}$ , Juli 307 - 306. Roggen März 185 $\frac{1}{2}$ . Mai 192, Juli 192 $\frac{1}{2}$  - 193 $\frac{1}{2}$ . Hafer März 154 - 158, Mai 168 - 168 $\frac{1}{2}$  und Brief, Juli 176 - 175 $\frac{1}{2}$ . Andienungsscheine vom 3.3. (Atteé v. 2.3.) = 156 $\frac{1}{4}$ .

# Kunst und Wissen

U N T E R H A L T U N G S B E I L A G E D E S S + P + D

Berlin, den 4. März 1931.

## Die Grotte der Vergeltung.<sup>x</sup>

SPD. Auf Meilen im Umkreise sprach das Volk auf Sumatra mit Scheu von der Goa-Intan, denn es hiess, dass böse Geister in diese Höhle eingezogen seien. Wenn die Nacht sich über das Land gebreitet und alle Dinge zu unklaren Schattentönen gewandelt hatte, dann begann es in der Tiefe der Grotte zu gleissen und zu glänzen. Das waren, so erzählten die Malaien, Tausende von Edelsteinen, mit denen böse Geister Neugierige lockten.

Raden Aripatto, der eingeborene Distriktsvorsteher, stand regungslos im Banne des nächtlichen Schauspiels. "Herr," flüsterte hinter ihm die Stimme des alten Einsiedlers, der seit Jahrzehnten hier hauste und als heilig galt, "beweist Achtung dem Geheimnis, wie Eure Väter es taten! Da drinnen wird ein Urteil gefällt über jeden Vermessenen: wer die Grotte betritt, mit einer geheimen Schuld beladen, der muss sterben. Und wer dürfte sagen, dass er ohne Schuld sei?"

Sie traten zurück, und das Funkeln verblasste.

"Welchem Sterblichen, o Herr, könnte es Glück bringen, das Geheimnis der Geister zu ergründen...?" --

Als Aripatto nach einsamer nächtlicher Wanderung seine Kabupaton, das geräumige sumatranische Regentenhaus, erreichte und bald darauf in seinem europäisch möblierten Arbeitszimmer sass, umkreistens seine Gedanken in verbissener Beharrlichkeit die Goa-Intan. Achtete er nicht mehr den scheuen Glauben des Volkes? Was wollte er? War es Habsucht, die ihn trieb? Er lächelte und gestand sich, dass er glücklich war. Seine Untergebenen hingen an ihm, weil er gerecht war, der holländische Resident schätzte ihn, weil er verständig und massvoll war. Er hatte eine junge Frau, die er liebte, eine braune Schönheit, die weit und breit bewundert wurde. Auf reichem Anwesen konnte er mit seiner Mutter und dem jüngeren Bruder, denen er sehr zugetan war, unter gemeinsamem Dache leben. Oder war es vielleicht das spöttisch-mitleidige Lächeln eines Weisen, das er fürchtete, wenn eines Tages einer von ihnen durch Eindringen in die Grotte dem Spuk ein Ende machte?

Es klopfte. Seine alte Mutter trat ein. Sie war bleich und grüsste nicht, hob nur beschwörend die Hände. "Ari," flüsterte sie, "schicke deinen Bruder Surio fort! Weit fort, in die Stadt, wo der Resident wohnt! Er muss fort!"

Nächtliche Stille lastete im Hause, Finsternis hockte draussen vor den Fenstern. Aripatto fühlte, wie eine grosse Unruhe langsam in ihm aufstieg. Scharf und knapp, wenn auch leise bebend, klang seine Frage: "Warum, Mutter?"

Die alte Frau suchte weinend nach einer Antwort: "Warum? O, hätte ich nur den Mut, dir dieses Warum mitzuteilen!"

Einen Atemzug lang war es tödlich still im Zimmer. Dann begriff der Mann. In weniger als einer Sekunde wurde aus zweifelndem Argwohn grausame Gewissheit. Er liess sich in einen Sessel fallen und versank in Grübeln. Als er empor-schrak, war seine Mutter leise und unheildrohend, wie sie gekommen, wieder gegangen. Er knirschte mit den Zähnen. Das Tier in ihm war wach geworden. Er sprang auf und schlug den Gong; dem eintretenden Diener gebot er, seinen Bruder zu rufen. Eine Viertelstunde später sassen sich die Beiden gegenüber.

"Surio," sagte der Ältere drohend, "es wird hier ein niederträchtiges Spiel gegen mich gespielt. Und du, Bruder, spielst darin die Hauptrolle!"

Der Jüngere wollte erwidern, aber der Andre liess ihn nicht zu Worte kommen. "Schweig!" fuhr er ihn an. Eine Minute lang herrschte lähmende Stille. Dann wandte sich der Regent mit einer scharfen Bewegung um und stellte sich vor den Bruder. Ein eisiges Lachen lag auf seinem Gesicht, als er fortfuhr: "Aber in diesem Spiele, Surio, will auch ich jetzt meine Rolle haben: die Rolle des Regenten, der Gehorsam verlangt, auch von dir!" Er führte einen masslos heftigen Schlag gegen das schwere Gong, dass es dröhnend durch das schlafende Haus schallte. Stimmen erhoben sich, Türen schlugen. Ein Diener überbrachte der Frau des Hauses den Befehl ihres Mannes, sich sofort bereit zu halten, um unverweilt ausgehen zu können.

Eine halbe Stunde später verliessen drei Menschen die Kabupaton und schlugen die Richtung nach der Goa-Intan ein. Die Nacht war dunkel, und die Wolken hingen drohend niedrig. In der Ferne, wo ein gelblicher Horizontstreifen die Finsternis teilte, zuckten Blitze. In tiefem Schweigen gingen die drei, voraus der Regent, dahinter die Frau, dann der Bruder. Als die Tongtongs der umliegenden Dörfer die dritte Morgenstunde schlugen, standen sie vor der Grotte der Juwelen. "Dort, Surio," sagte Aripatto, auf den Eingang deutend, wo tausend feine Lichtpunkte glühten, "dort wird über dich gerichtet werden. Bist du schuldlos, so tritt hinein ohne Furcht! Zittere jedoch, wenn mein Argwohn Wahrheit ist!"

Einen Augenblick zögerte der Jüngere. Dann verschwand er im Höhleneingang inmitten der funkelnden Punkte und Linien.

Aripatto stand neben seiner jungen Frau, die in tödlicher Spannung dem Verschwundenen nachstarrte. Er hörte ihr gejaagtes Atemholen unter dem seidene Gewande. Wenige Sekunden war es ganz still. Dann erklang ein Schrei, jäh, gellend, markdurchdringend. Ein Todesschrei.

Wie ein Pfeil flog das junge Weib auf die Grotte zu; betäubt, zitternd folgte der Mann. Ein schleppendes Geräusch kam aus der Höhle; eine Gestalt wankte, nur in Umrissen erkennbar, dem Ausgange zu, wo sie mit dumpfem Aufschlag zu Boden stürzte. Sie eilten hinzu. Aripatto liess Licht aufleuchten. Sein Bruder lag da, mit unnatürlich glänzenden Augen, leise stöhnend. Arme und Beine zitterten in heftig ausbrechendem Fieber, einem jener tropischen Fieber von grausamer Wucht, die den Körper überwältigen wie ein Tiger sein Opfer im Sprunge.

Die Juwelen, die in der Nacht so verführerisch funkelten, waren eins der tückischen Rätsel Indiens, giftigstes Gewürm des Archipels, Tod bringend in wenigen Minuten: phosphoreszierende Schlangenaugen....

"Er stirbt!" Weinend warf sich die Frau über den am Boden Liegenden: "Surio! Surio!" Aripatto schwindelte es vor den Augen. Er stand mit blutig gebissenen Lippen. Er rief ihren Namen, und seine Augen fragten. Aber die junge Malaiin weinte. Und schwieg.....

Hanns Roessink.

-----  
Die Ladung wird gelöscht.X  
-----

SPD. Wenn ein Schiff an der Kaimauer liegt und löscht, dann ist in allen Löschungsangelegenheiten der Stauervize der Befehlshaber an Bord. Er ist dem Stauer und der Reederei für ein ordnungsgemässes und schnelles Löschen verantwortlich. Der Kapitän kümmert sich um das Löschgeschäft wenig, und seine Stauerleute achten nur darauf, dass die Stückzahl wieder herauskommt, die das Schiff an den überseeischen Hafenplätzen eingenommen hat.

Selbstbewusst steht der Stauervize an Deck, die Mütze im Nacken und den Priem hinter den Kufen. Nachdem er seine Schauerleute auf die Luken verteilt und die Decks- und Winschenleute bestimmt hat, nimmt das Löschen seinen Anfang; Die Schauerleute decken die Luken ab, steigen in den Raum und schlagen die



Hieven ein. Die Winschen rasseln, und die ersten Hieven liegen an Deck. Dort nehmen die Kräne sie in Empfang und drehen sie an Land. Die Kaileute beladen die Sackkarren, und die Karrenschieber befördern die Güter an den Stapel.

Unterdessen geht der Stauervize von einer Luke zur andern und trifft seine Anordnungen. Bald ist er auf dem Vorderschiff, bald auf dem Hinterschiff Ueberall, wo die Arbeit nicht klappen will, ist er zur Stelle und hilft nach. Seine Sache versteht er, das muss man ihm lassen. Seine Sprache ist kurz und grob und seine Stimme mächtig. Man hört sie auf dem Kaischuppen. Aber alles, was er inbezug auf die Arbeit spricht, hat Sinn und Verstand. Er meint es auch nicht so böse. Das Ächzen und Kreischen der Winschen bedingt schon ein lautes Organ.

"Macht die Hieven nicht so gross, und reisst die Säcke nicht entzwei mit den Handhaken!" ruft er in den Raum hinunter, dass Fiedje Meier, der seinen Spass daran hat, recht grosse Hieven einzuschlagen, erschrocken nach oben sieht. "Wird gemacht, Viz", antwortet Fiedje und schlägt in der nächsten Hieve noch zwei Säcke mehr ein. Fiedje ist ein Schelm; den muss man kennen. Obwohl er eigentlich nichts zu sagen hat, gibt er doch den Ton an. "Wir müssen sehen" sagt er zu seinen Kollegen im Schacht, "dass wir die Kaileute zu fassen kriegen; dann haben wir immer einen schönen Verholer."

Der Winschmann holt die Hieve an Deck und fiert sie weg. Da fällt sie aus einander. "Hallo! 'n Wandsbeker!" rufen die Kaileute und freuen sich. Denn nun müssen der Decksman und sein Kollege die Hieve wieder frisch einschlagen. Das gibt eine kleine Ruhepause für den Kai.

Der Stauervize, der bei einer andern Luke steht und nach dem Rechten sieht wird durch das Rufen der Kaiarbeiter auf die auseinandergefallene Hieve aufmerksam. Er kommt hinzu und wirft einen Blick in den Raum. Da sieht er Fiedje Meiers listiges Lächeln. Fiedje hat schon wieder eine "kleine" Hieve von sechzehn Säcken zurechtgebaut. Nun wird der Vize ärgerlich und schimpft: "Was soll der Spielkram! Das will ich Dir sagen, Fiedje, wenn Du mir noch einmal solch grosse Hieve einwirfst, kommst Du morgen früh nicht wieder mit." Fiedje stellt sich dumm und antwortet kleinlaut: "Die Hieve ist doch nicht gross. In der Stoppe ist Platz für zwanzig Säcke". Vorsichtshalber zieht er jedoch vier Säcke wieder heraus. -

Sechs Gänge arbeiten am Dampfer. Sechzehntausend Säcke hat er für den Kaischuppen. Palmkerne und Kakao. Aus Accra, Lagos und Sinoe. Das Schiff muss leer werden bis zum Schichtende. Punkt vier Uhr sind die Schlepper bestellt, um das Schiff nach der Werft zu verholen. Dort soll es einen neuen Bodenanstrich erhalten. Der Stauer kommt selbst an Bord, und der Vize verspricht ihm, dass das Schiff zur rechten Zeit leer wird. Sein Versprechen muss er halten. Nun heisst es aufpassen, dass die Arbeit nirgends stoppt.

Er spuckt aus und nimmt einen frischen Schwarzen. Ohne Kauen geht das Geschäft nicht. Seine Augen hat er überall. Wenn die Hieven etwas länger als gewöhnlich am Schuppen hängen, geht er an Land und unterhandelt mit dem Schuppenvorsteher. "Das Schiff muss leer werden", sagt er zu ihm. "Schaff Leute an!"

Es fehlt an Stapelleuten. Der Stauervize hat das mit Kenneraugen sofort überblickt. Die Karren werden nicht schnell genug leer. Der Schuppenvorsteher, der selbst weiss, wo der Schuh drückt, ist um eine Antwort nicht verlegen. "Sind zu viele kleine Partien. Es soll man alles nach Marken sortiert und gestapelt werden. Ich will sehen, dass ich noch ein paar Leute bekomme". Er geht ans Telephon und spricht mit dem Streckeneinteiler. Bei der Grösse und Beweglichkeit des Kaibetriebes ist es für den Einteiler eine Kleinigkeit, binnen kurzer Zeit zehn Mann zur Hilfe zu schicken.

Die Verstärkung hat genützt. Die Hieven hängen nicht mehr am Kaischuppen. Das Blatt dreht sich. Luke eins und vier schaffen nicht genug an Deck. Der Stauervize ist längst wieder an Bord und spornt seine Schauerleute an, indem er ihnen einen frühen Feierabend und Arbeit für den nächsten Tag verspricht.

Nun gibt es einen stillen, aber zähen Wettkampf zwischen Schiff und Kai.

Eine Partei will die andere besiegen. Die Kailaute werfen munter die Karren voll, damit ihre Luken schnell leer werden, und die Schaulaute arbeiten fieberhaft, dass sie möglichst zwei Hieven an Deck und eine an der Winsch hängen haben.

Nachmittags gegen drei Uhr geht es auf den Rest. "Letzte Hieve und ein paar Kasten Loses", ruft der Stauervize nach dem Kai hinüber. Schnell wird das Letzte wahrgenommen, denn alles freut sich auf Feierabend.

Die Kräne drehen gerade, und die Schauerleute kommen aus dem Raume. Staubig und voll Schweiss, aber dennoch vergnügt. Als sie die Luken angedeckt haben, gibt ihnen der Vize die Geldanweisungen, die sie bei den Kassen des Hafenbetriebsvereins einlösen müssen, und sagt: "Hat schön geschafft heute". Dabei schmunzelt er und freut sich auf das Lob seines Stauers und auf das Glas Bier, das er nachher in aller Gemütsruhe bei Mutter Kohrs trinken will.

Ernst Riediger (Hamburg).

---

### Opfer der Rauschgiftbekämpfung.<sup>x</sup>

---

SPD. Dr. Antonio Pagador, der kürzlich beim Verlassen eines Schiffes in Valparaiso (Chile) einen geheimnisvollen Tod fand, war ein Gelehrter von Welt-ruf. Seit Jahren galt er als einer der bedeutendsten internationalen Spezialisten auf dem Gebiete der Rauschgiftbekämpfung, und in Erkenntnis dieser seiner Bedeutung; hatte ihm der Völkerbund eine wichtige Mission in Amerika anvertraut, die ihn, so versichern die Freunde des Verstorbenen, in densicheren Tod führen musste.

Dr. Pagador, der aus Madrid stammte, erwarb sich schon in der spanischen Hauptstadt grosse Verdienste um die Rauschgiftbekämpfung. In den Kreisen der spanischen Intellektuellen machte sich nach dem Ariege der Kokaingenuss besonders gefährlich bemerkbar. Sehr viele Künstler und bekannte Schriftsteller haben von Dr. Pagador eingeführten Entwöhnungskuren ihre Gesundheit und ihr Leben zu verdanken. Während seiner Tätigkeit als praktischer Arzt sah Dr. Pagador ein, dass eine erfolgreiche Bekämpfung des Übels nur durch die Ausrottung der Wurzeln, des Handels mit Rauschgiften selbst, sich ermöglichen liesse. Der junge spanische Arzt stellte sich dem Völkerbunde zu dieser Aufgabe zur Verfügung. Schon bei der bekannten Opiumkonferenz in Genf spielte er eine bedeutende Rolle. Schliesslich erhielt er vom Völkerbunde den offiziellen Auftrag, den Rauschgifthandel in Amerika, besonders in Lateinamerika, zu überwachen und die zu ermittelnden Agenten den Behörden zur Bestrafung auszuliefern.

Dr. Pagador machte sich an die Arbeit, die mehr der eines Detektivs als der eines Arztes entsprach. Bald hatte er ermittelt, dass die ganze Küste des Stillen Ozeans von San Francisco bis nach Valparaiso die heimliche Eingangspforte der Rauschgifte darstellte. New York ist der Umschlagsplatz, von wo die Ware aus den Händen der chinesischen Lieferanten an die amerikanischen Konsumentenvertreter weitergeleitet wird. New York gilt als Zentrum für den Rauschgiftschmuggel. Aber auch Panama, der Zufluchtsort vieler lichtscheuer Existenzen, besitzt eine grosse Anzahl heimlicher Lager. Im Chinesenquartier von Havanna stiess Dr. Pagador ebenfalls auf bedeutende Verstecke geschmuggelter Ware. Vor allem sind es die Gelben, die die Fäden der Organisation in Händen halten. Eine geheimnisvolle, gefährliche Organisation, die ihre unterirdischen Verbindungen zu den Polizei- und Zollbehörden überall in der Neuen Welt von Alaska bis hinunter zum Feuerlande besitzt, und der entgegenzutreten sicheren Tod bedeutet.

Dr. Pagador hatte den Mut, die Bekämpfung des Rauschgifthandels trotz aller Warnungen doch zu unternehmen. Von Valparaiso, seinem Hauptquartier aus, bereiste er alle amerikanischen Staaten, um zunächst Material zu sammeln. Dann ging er zum Angriff über. Er veranlasste die Behörden zu strengster Ueberwa-

chung. Er liess heimliche Lager beschlagnahmen. Spezialbeamte wurden eingestellt. Ein ganzes Netz von Agenten legte sich um die mächtige Schmuggler-Organisation. Das einzige Loch darin stellte Peru dar, dessen Präsident Leguia sich weigerte, die Anweisungen Dr. Pagadors zu befolgen. Nun kam die Revolution in Peru, und Leguia wurde gestürzt. Sein Nachfolger schloss sich den Vereinbarungen an, und damit kam es zur Katastrophe. Die amerikanische Rauschgift-Maffia stand vor der entscheidenden Niederlage - sie beschloss, den gefährlichen Gegner aus dem Wege zu räumen.

Dr. Pagador machte es seinen Feinden leicht. Er ging mit einer Tollkühnheit vor, die ein Spiel mit dem Feuer bedeutete. Er besuchte bei Nacht und allein die Schlupfwinkel der Schmuggler; auf der Insel Martinique entging er nur durch einen besonderen Glückszufall einem Mordanschlage. Als er vor kurzem in New York weilte, wurde er Tag und Nacht von geheimnisvollen Agenten verfolgt und beobachtet. Er beschloss, heimlich abzureisen. In das Boot, das ihn an den Dampfer nach Valparaiso brachte, sprang im letzten Augenblick ein unbekannter Mann - der Mörder oder sein Komplize, so versichern die Freunde des spanischen Arztes. Zunächst nahm die Fahrt ihren völlig programmässigen Verlauf. In Colon (Panama) hatte der Dampfer einen kurzen Aufenthalt. Dr. Pagador ging an Land und trank ein Glas Milch, das ihm ein Strassenhändler verkaufte. Von diesem Augenblick an stellten sich die ersten Vergiftungserscheinungen bei ihm ein. Alle Gegenmittel erwiesen sich als unwirksam. Als das Schiff in Valparaiso landete, wurde Dr. Pagador auf einer Bahre an Land getragen. Er starb wenige Stunden darauf. Die Todesursache? Wahrscheinlich war in die Milch eins der unheimlichen, nicht wahrnehmbaren amerikanischen Pflanzengifte gegossen worden. Dieser Ansicht sind wenigstens die spanischen Ärzte Dr. Gomez Silva und Dr. Mendez Nunez, die den Toten obduziert haben. Der positive Nachweis einer Vergiftung liess sich jedoch nicht erbringen.....

In der ganzen spanisch sprechenden Welt hat der Vorfall grosse Erregung hervorgerufen. Der Völkerbund hat die peruanische und die chilenische Regierung um Berichterstattung ersucht. Es erscheint zweifelhaft, dass die Untersuchung neue Tatsachen über den rätselhaften Tod des spanischen Arztes zutage fördern wird. Die amerikanischen Rauschgiftschmuggler haben einen vorübergehenden Erfolg zu verbuchen. Ihr gefährlichster Gegner hat den Kampf aufgeben müssen.

-----  
Friedrich Schinkel.\*  
-----

(Zu seinem 150. Geburtstag am 13. März)

SPD. Unverbesserliche Monarchisten verkünden noch immer die ungeheuren Verdienste ihrer geliebten Herrscher für die Kunst. Wer jedoch unvoreingenommen an die Kunstgeschichte herangeht, der wird zu einem ganz andern Ergebnis kommen. Schiller hat das Richtige geahnt, wenn er klagte, dass "keines Medizäers Güte der deutschen Kunst gelächelt" habe. Am wenigsten finden wir wirkliches Kunstverständnis bei den Hohenzollern. Das ist umso tragischer, als gerade ihnen die besten Baumeister zu Gebote standen. Sie wussten nur leider diese bedeutenden Kräfte nicht zu nutzen. Andreas Schlüter fiel bei Friedrich I., dem Kunst nur ein Mittel war zur prunkvollen Verherrlichung seiner neuen Königswürde, in Ungnade, während er noch am Berliner Schlosse baute, und wurde durch den viel schwächeren, aber in höfischen Ränken und Schmeicheleien viel erfahreneren Eosander von Goethe ersetzt, der ihm denn auch sein grossartiges Projekt gründlich verpfuscht hat. Noch verhängnisvoller ist die Abdankung Knobelsdorff, der sich für den Potsdamer Fassadenschwindel Friedrichs II. nicht hergeben mochte und deshalb in seinen besten Mannesjahren kaltgestellt wurde. Aber auch der dritte und letzte in der Reihe der grossen preussischen Architekten, Friedrich Schinkel, ist von seinen Bauherren mehr gehemmt als gefördert worden. Auch ihm

blieb der entscheidende Einfluss auf die städtebauliche Gestaltung Berlins versagt.

Ausserlich betrachtet, ist Schinkels Laufbahn glänzend. Sie ist der des Bildhauers Rauch nicht unähnlich. Sohn eines Paters in Neuruppin, der Geburtsstadt Fontanes, wird Schinkel ebenfalls von der Königin Luise begünstigt, für die er 1810 jenes antikisierende Mausoleum im Schlosspark von Charlottenburg erbauen hilft, das Behältnis von Rauch's bekanntestem Denkmal. Von da an ist Schinkel Hofkünstler. Bezeichnenderweise hat er als Maler angefangen. Der romantische Ueberschwang äussert sich bei ihm ganz unpreussisch nach einer dreijährigen italienischen und französischen Studienreise in Phantasielandschaften und Theaterdekorationen, darunter der noch heute erhaltenen zur "Zauberflöte". Man erlässt ihm die vorgeschriebenen Examina und ernennt ihn 1810 zum "Baupräsidenten". Mit 34 Jahren ist dieser Aussenseiter - man könnte beinahe sagen: Dilettant - Geheimer Oberbaupräsident!

An Ruhm und Geld hat es Schinkel nie gefehlt. Was ihm fehlte, das war die sichere künstlerische Tradition und die freie Entfaltungsmöglichkeit seiner Persönlichkeit. In Paris und Rom, in Wien und London hat der Architekt jener Zeit noch festen Boden unter den Füßen. Da ist die Kunst in der Aristokratie, ja, bereits im Bürgertum verankert. Nicht so in Preussen. Weder der rohe Landadel noch das unterdrückte, materiell ausgepumpte Bürgertum haben irgendwelchen Anteil an der von den Hohenzollern künstlich aufgepfropften Kultur. Berlin ist, wie gesagt, städtebaulich verpfuscht und nicht mehr zu retten. In Potsdam sind gute Ansätze aus der ersten Hälfte des 18. Jahrhunderts durch die friderizianische Grossmannssucht erstickt worden. Arme Kleinbürger wohnen hinter imitierten italienischen Renaissancefassaden, die auf Befehl des Königs errichtet worden sind.

Aus der Vergangenheit und aus dem Auslande hat man seine Vorbilder schon zu einer Zeit bezogen, die anderswo - in Dresden etwa oder in Würzburg - noch durchaus eigenschöpferisch gewesen ist. Um wieviel mehr musste sich diese Unsicherheit, dieser Mangel eigener Formen bemerkbar machen, nachdem das Barock, der letzte originelle abendländische Baustil, erloschen war? Das Beste war, man griff zur Antike. Ihre Formen, die Goethe über alles verehrt hat, nachdem sie bei den Ausgrabungen von Pompeji wieder ans Licht gekommen und von Winckelmann als vorbildlich erklärt worden waren, kamen den Bedürfnissen der schlichtbürgerlichen, nach der Erschöpfung durch die Napoleonischen Kriege notgedrungen sparsam gewordenen Epoche entgegen. So baute Schinkel die Neue Wache in Berlin als altrömisches "Castrum", d.h. als Waffenplatz mit vorgelegtem Tempelgiebel. Ähnlich die Hauptwache in Dresden. Das war eine wuchtige, klare Formensprache, wie sie der grosse Knobelsdorff in seiner unvergleichlichen Opernhausfassade hatte anklingen lassen. Die bürgerliche Sachlichkeit löst den höfischen Prunk und Pomp ab. An den grossen Aufgaben des Alten Museums und des Schauspielhauses kommt sie voll zur Entfaltung. Es gibt keinen Museumsbau in der ganzen Welt, der sich mit der grossen, ruhigen Säulenfassade am Lustgarten in Berlin messen kann. Der Schinkelsche Klassizismus strahlt in die Provinz aus: er ist ausser in Dresden auch in Magdeburg nachweisbar.

Aber wie ein Unkraut wuchert daneben die Romantik, die das deutsche Mittelalter neu beleben möchte. Der Sieg über Napoleon hat diese unleidliche Deutschtümelei grossgezogen. Vom Entwurf zum Siegesdenkmal auf dem Kreuzberg streicht Friedrich Wilhelm III., der ja auch dem armen Rauch das Konzept für sein Friedrich-Denkmal verdorben hat, den Unterbau, sodass nur eine ganz unsinnige gotische Kirchturmspitze übrig bleibt. Die Kirche auf dem Friedrichswerder wird "gotisch" befohlen, und der Hofarchitekt hat zu gehorchen. Es ist schlechte Theatergotik. In Potsdam, wo das "Zivilkasino" und das Schlösschen "Charlottenhof" den Klassizismus vortrefflich vertreten, musste Schinkel für den späteren König Friedrich Wilhelm IV. und dessen Bruder Wilhelm das englisch-gotische Schloss Babelsberg erbauen, das seiner unwürdig ist. Die Nikolaikirche in Potsdam mit ihrer herrlichen Kuppel, eine Erinnerung an die Pä-

terskirche in Rom, ist nicht so geworden, wie ihr Schöpfer sie geplant hatte. Immer wieder hat ihm der König in seine Pläne hineingefuselt. Die Aufregungen darüber mögen seine Geisteskrankheit gefördert haben, an der Schinkel, 8 Jahre vor der Vollendung der Kirche, 1841 gestorben ist.

Schinkels ausgezeichneten Ideen für die Gestaltung des Potsdamer Platzes, des Spittelmarktes und des "grossen Sterns" im Tiergarten, ferner der Entwurf eines überraschend modernen Warenhauses Unter den Linden sind nicht verwirklicht worden. Das vormärzliche Berlin hatte für so etwas kein Verständnis.....

Hermann Hieber.

---

SPD. Handzeichnungen von Tintoretto.<sup>x</sup> Der frühere Direktor der "Albertina", Josef Meder, entdeckte in der Salzburger Studienbibliothek in einem der sechs mächtigen Bände, die dort unter dem Namen "Malerakademie" verwahrt werden, den ersten Entwurf Tintoretto's zu seinem monumentalen Wandgemälde "Das Paradies" im Saale des grossen Rates im Dogenpalast von Venedig, dem grössten Bilde, das je gemalt wurde. Dabei kam noch eine grössere Anzahl von Entwürfen und Federskizzen sowohl von der Hand Tintoretto's selbst als auch aus dem Kreise seiner Schule in Venedig ans Licht. Man vermutet, dass die Blätter anlässlich der Romfahrt Wolf Dietrichs von Venedig nach Salzburg gekommen sind. Die gefundenen Blätter werden voraussichtlich im kommenden Sommer während der Festspielzeit im Rahmen einer Ausstellung von Handzeichnungen zum ersten Male gezeigt werden.

---

SPD. Der Kopf des Verräters.<sup>x</sup> Lionardo da Vinci arbeitete im Kloster Santa Maria delle Grazie zu Mailand an dem "Abendmahl Christi". Er hatte aber nach Ansicht des Priors zu langsam gemalt und wurde von diesem immer wieder zur Arbeit angetrieben. Als der Prior sah, dass seine Mahnungen keine Wirkung auf Lionardo ausübten, beschwerte er sich beim Herzog Francesco Sforza. Vom Herzog zur Rede gestellt, erklärte Lionardo, die Arbeit werde nun rascher vonstatten gehen: es habe ihm ein geeignetes Modell für den Kopf des Judas gefehlt, aber jetzt glaube er, im Kopfe des Priors das Gesuchte gefunden zu haben. Diese Antwort nahm dem Prior die Lust, sich weiter in Kunstangelegenheiten zu mischen.

---

SPD. Der Narr und der Dichter.<sup>x</sup> Dante Alighieri wurde in seinem Vaterland verfolgt und musste flüchten. Er fand in Verona am Hofe des regierenden Fürsten Alboino della Scala Zuflucht, aber der Herrscher schenkte dem genialen Dichter weniger Aufmerksamkeit als selbst seinem Hofnarren. Ein Höfling drückte einmal dem Dichter sein Erstaunen darüber aus, dass der Fürst den Hofnarren dem Genie vorziehe. Darauf erwiderte Dante: "Jeder zieht seinesgleichen vor."

---

SPD. Der Banause.<sup>x</sup> Ein Kunstjünger und ein Lebemann stehen vor einer beschneiten Tällandschaft.

"Wundervoll, wie eine Landschaft von Brueghel", sagt der Kunstjünger.  
"Brueghel?" fragt der Andere. "Warten Sie mal, Brueghel..... Ist das nicht der Winterkurort im Harz, wo die kessen Amerikanerinnen verkehren...?"

---

# Deutscher Reichstag

56. Sitzung vom 4. März 1931, 3 Uhr.

Präsident Löbe eröffnet die Sitzung mit einem Nachruf für den verstorbenen Geheimrat Dove, der von 1912-1918 Vizepräsident des Reichstags war. Die Abgeordneten ehren das Andenken des Verstorbenen durch Erheben von den Sitzen.

Die zweite Beratung des Haushalts des Reichsinnenministeriums wird fortgesetzt.

Abg. Hesse (Volksnat.): Die Lösung der Aufgabe der Reichsreform sei die Voraussetzung für die Lösung des grossdeutschen Problems. Die Reichsreform müsse der Wahlreform voraufgehen. Die jetzt bekannt gewordenen Wahlreformpläne zielten nicht auf eine wirklich grundsätzliche Abkehr von den Schäden des jetzigen Systems ab. Es sei beschämend, dass die Arbeit für ein Reichsschulgesetz nicht besser vorankomme. Der konfessionelle Friede müsse besser gewahrt werden. Die Einführung eines neunten Schuljahres sei abzulehnen. Das deutsche Kulturgut müsse im Schulwesen einen grösseren Raum einnehmen als bisher. Der Film könnte eine deutsche Kulturaufgabe erfüllen, aber leider werde im Film die übelste Dekadenz gepflegt. Der Film "Im Westen nichts Neues" zeigt nach dem Zeugnis meines Freundes Abel in der französischen Vorführung Szenen, die das deutsche Ansehen herabsetzen. (Rufe links: "Haben Sie den Film gesehen?") Ich stütze mein Urteil auf eine feste Grundlage. (Lachen links) Ueber Parteidogmen hinweg müssen wir uns in deutscher und christlicher Gesinnung zusammenfinden.

Abg. Frhr. v. Thüngen (Landvolk) fordert die Hinaufsetzung des Wahlalters. Man möchte der deutschen Jugend den alten guten Kasernenhof wünschen. Solange dies nicht möglich sei, müsse jede sportliche Betätigung weitgehend unterstützt werden. Dem Reichsinnenminister gelte das schärfste Misstrauen seiner Fraktion.

Abg. Torgler (Komm.) erklärt unter Hinweis auf das Ergebnis der letzten Braunschweiger Wahlen, die Offensive des Kommunismus beginne erst und sie werde sich auf allen Gebieten verstärken. Wir haben in Deutschland Heimarbeiterinnen, die bei neunzigstündiger Arbeitszeit in der Woche sechs Mark verdienen. (Hört!Hört!) Für eine solche Frau bedeutet Sowjet-Russland das Paradies. Die Kommunisten sind vom deutschen Rundfunk vollkommen ausgeschaltet.

Abg. Frau Lang-Brumann (Bayr.Vp.) begrüsst die Ausführungen des Ministers im Ausschuss gegen den Bolschewismus. (Als ein Kommunist einen Zwischenruf macht, ruft die Rednerin erregt zurück: "Ach, Sie kleiner Junge da!" Unruhe und Heiterkeit). Die Rednerin begrüsst das Verbot des Remarquefilms und bedauert, dass das Bühnenwerk "Die Pioniere von Ingolstadt" von Marie Luise Fleisser nicht verboten worden sei. Es könne doch nicht geduldet werden, dass eine ganze anständige Stadt beleidigt werde. Gegen Schund und Schmutz werde noch lange nicht energisch genug vorgegangen.

Abg. Dr. Löwenstein (Soz.):

Herr Torgler hat darin, dass wir im Ausschuss gegen den kommunistischen Antrag gestimmt haben, den Minister zur Aufhebung der Entscheidung der Oberprüfstelle aufzufordern, einen der uns gewohnten Drehs gesehen, um einer Entscheidung aus dem Wege zu gehen. Dieser kommunistische Antrag bedeutete nichts weiter, als einen moralischen Protest, konnte aber eine Aenderung in der Entscheidung der Oberprüfstelle garnicht herbeiführen. An moralischen Protesten haben wir es nicht fehlen lassen. Ich verweise auf unsere Interpellation, auf unsere Reden und darauf, dass unsere Presse den Proteststurm angefangen hat. Falsch ist die Darstellung in der Presse, als ob unsere Stellungnahme von unserer Kollegin Bohm-Schuch bestimmt worden sei. Unsere Entscheidung entsprach dem Willen unserer ganzen Fraktion. Man sollte doch nicht den Sprecher einer Fraktion persönlich herunterreissen, wenn man weiss, dass er die Meinung seiner ganzen Fraktion vertritt.

Die vom Abg. Mumm verlangte Ueberweisung seines Antrages auf Vorlegung des Reichsschulgesetzes an den Bildungsausschuss können wir nicht mitmachen - auch wenn wir uns dadurch des Vergnügens berauben, zusammen mit den von Herrn Mumm zu Hilfe gerufenen Deutschnationalen und Hitlerleuten das Reichsvolksschulgesetz zu beraten. Selbstverständlich streben wir danach, dass die Verheissung der Verfassung erfüllt und das Reichsschulgesetz geschaffen wird - nicht etwa, weil die Sammelschulen und weltlichen Schulen der Verfassung widersprechen. Das Gegenteil ist der Fall, aber der Mangel einer verfassungsrechtlichen Sicherung ermöglicht allerhand Schikanen gegen diese Schulen. Der Vorschlag Mumm würde allerdings das Zustandekommen des Reichsschulgesetzes verhindern. Dieses kann nicht alle Wünsche erfüllen, die die Verfassung Ihnen (nach rechts) unerfüllt gelassen hat. Um das Reichsschulgesetz zustande zu bringen, muss man sich auf die allerwesentlichsten Rahmenbestimmungen beschränken.

Schöne Worte hat Herr Mumm für die Freiheit und das Elternrecht gefunden. Die Freiheit aber, die er meint, beglückt ihn, ist aber nicht die, die wir meinen und kann uns nicht beglücken. Wir müssen aus aller Ungherzigkeit herauskommen und Toleranz nicht nur von anderen verlangen, sondern auch selbst üben. Der Kulturbolschewismus ist ein überaus verhängnisvolles Schlagwort. Wir glauben nicht, dass Unkultur ein Wegbereiter der Kultur sein kann. Deshalb halten wir weder Gummiknüppel noch Bierseidel oder Schimpfworte und Gemeinheiten für Argumente. (Sehr gut!) Es wird auf allen Seiten dagegen gesündigt. Wir wünschen eine mehr kulturelle, eine höherstehende Zeit. Es gibt nicht nur eine Empfindlichkeit der Religiösen in Weltanschauungsfragen, sondern auch eine Empfindlichkeit der anderen. Die Reichsverfassung gibt der religiösen Weltanschauung kein besonderes Vorrecht und kein Monopol. Das Freidenkertum ist genau so berechtigt, wie die religiöse Weltanschauung und hat das Recht, seine Ideen zu verbreiten und sich zu organisieren. Die Anhänger der Religion sollten die Grossmütigkeit des Besitzenden haben; sie haben eine Reihe Vorrechte, die die Verfassung ihren Gesellschaften garantiert, sie haben eine alte Kultur, eine Menge Pflegestätten ihrer Anschauung, staatliche Unterstützung und Hilfe nach jeder Richtung hin. Aber auch das Freidenkertum war in der Vergangenheit ein gewaltiger Hebel des Kulturfortschritts, und es erschöpft sich in der Gegenwart nicht in Kulturwidrigen Roheitsakten, die wir mit Ihnen verurteilen. (Sehr richtig! bei den Soz.)

Die sogenannte antimarxistische Front ist hier von den Rednern zweier Mittelparteien abgelehnt worden. Es ist verständlich, dass sie nicht mit der Hitler-Hugenbergschen Antimarxistenfront gehen wollen, die mit Fememord, mit Bruch des Ehrenworts und anderen Mitteln gleichen Wertes arbeitet. Aber die bürgerlichen Parteien selbst haben die Bausteine zu dieser Antimarxistenfront geliefert. Keine Tagung der Volkspartei, auf der nicht ein Festredner einen Vortrag gegen den Marxismus für seine höchste Aufgabe hält. Keine Veranstaltung der Deutschen Volkspartei, ohne dass man sich durch das Bekenntnis zum Antimarxismus die Eintrittskarte zum nationalen Salon zu erwerben strebt. (Sehr gut! bei den Soz.) Sie werden verstehen, dass wir dem eine starke Marxistenfront entgegensetzen. Nichts hat dem Marxismus so genützt, wie diese antimarxistische Front. Sie ist mehr als ein theoretisches Bewusstsein, sie ist ein praktisches Wollen. Wenn die Deutsche Volkspartei Antimarxismus predigt, dann hören die Arbeiter nur die werbende Einleitung zum Lohnabbau, zum Kampf gegen die Sozialreform heraus. Wenn die Herren um Drowitz gegen den Marxismus poltern, dann wissen die Arbeiter ganz genau: das ist das Aufbegehren der Krämerseele gegen die Genossenschaften! (Lebh. Zustimmung links)

Wir Sozialdemokraten sind keine Dogmatiker, bei uns herrscht Meinungsfreiheit im äussersten Mass bei sehr starker parteimässiger Disziplin. Einer Meinung sind wir alle aber darin, dass der Marxismus die Theorie der Arbeiter-

klasse ist, die der Arbeiterbewegung Richtung und Ziel gegeben, die den einzelnen Arbeiter aus der Dumpfheit des Massengefühls zur Klarheit und Bestimmtheit gebracht hat. Darum mögen Sie dem Marxismus vorwerfen, dass er nur materialistisch wäre und ihm die idealbildende Kraft fehle. Wir freuen uns, dass in die materialistische Front jetzt auch schon Oskar von Miller durch die Hakenkreuzler eingereicht worden ist, die ihn vielleicht morgen zum Marxisten erklären werden. Wenn wir auch von der materiellen Realität ausgehen, so sehen wir bei den sozialistischen Arbeitern den grössten Idealismus der Aufopferung für die Zukunft seiner Klasse und der Menschheit. Wir sehen, wie diese Arbeiter bei aller Not Kraft und Zeit und auch Geld opfern für die Ideale. Die Arbeiter gewinnen die Erkenntnis, dass ihre Not die Not ihrer ganzen Klasse ist. Die Arbeiter denken nicht, dass der jetzige Zustand ewig ist; er ist mit ihnen geworden, sie wollen ihn ändern. Wenn sie erst zu dem Bewusstsein gekommen sind, nicht als einzelne, sondern als organisierte Kraft nicht mehr nur die Hoffnung zu haben, sondern den Weg zum Ziel beschreiten zu können, dann erheben sie sich von ihrer Einzelnot und ihrem Einzeldasein zu jenem gesellschaftlichen Idealismus, dem der Marxismus die theoretische Unterlage gibt. Da hören die Arbeiter auf, geknechtete Menschen zu sein, da sind sie jene organisierten Menschen, die aus der Dumpfheit der Masse sich herausgehoben haben. Wenn die Arbeiterklasse heute ein so bedeutsamer Faktor im öffentlichen Leben geworden ist, wenn sie die Kraft zu einer neuen Gesellschaft in sich spürt, so verdanken wir das dem Marxismus, der ihnen den Weg gezeigt hat, auf dem sie zu dieser Erhebung gekommen sind.

Herr Torgler hat den "18. Brumaire" von Karl Marx zitiert und auf die Gegenwart angewendet. Aber die Arbeiterklasse im 20. Jahrhundert ist eine andere als im 18. und in den ersten Jahrzehnten des 19. Jahrhunderts. Die Arbeiterschaft hat inzwischen den Weg von der Schwärmerei zur Klarheit zurückgelegt und erkannt, dass ihr Schicksal das Schicksal der Menschheit ist. Wir schulden es den Arbeitern, die Tag aus Tag ein trotz aller Not ihren Tagelohn, ihre Zeit ihre Vergnügungen ihrem Ideal opfern, um der marxistischen Lehre zu dienen, einmal öffentlich zu sagen, welcher hoher gesellschaftlicher Idealismus eben der Marxismus ist. (Lebh. Beifall und Händeklatschen der Soz.)

Das ist auch der innere Grund, warum wir unsere Jugend mit diesem Idealismus erfüllen; sie braucht diese Aktivität und diese Verbundenheit mit dem Sozialismus, damit sie nicht dem Scheinradikalismus zum Opfer fällt. Wir fürchten nicht den Radikalismus der Jugend, wir begrüßen ihn, wenn er konsequent an die Wirklichkeit herangeht. Nur der Scheinradikalismus, der Not und Elend bloß ausbeutet, ist verwerflich. Der Radikalismus aber, der in sich die Verantwortung für die Durchführung seiner Aufgabe entwickelt, dem entspricht der Umwertung, in der wir mitten drin stehen. In diese Verantwortung wollen wir auch die Jugend hinführen.

Viel ist in dieser Debatte vom höheren und Hochschulwesen gesprochen worden, besonders auch von der Ueberfüllung dieser Schulen. Nur 2% der Schüler sind Arbeiterkinder; der Mittelstand schickt seine Kinder dahin, weil der Arbeitsmarkt so überfüllt ist und weil das Berechtigungswesen die Aussicht auf eine leichtere Existenzmöglichkeit und höhere soziale Stellung zu verleihen scheint. Würde man die Anforderungen der höheren Schulen steigern, so würde man das Martyrium dieser jungen Menschen noch vergrössern. Wir wünschen, dass der Prozentsatz von Kindern aus der Arbeiterklasse an den höheren und Hochschulen so vieler begabter Arbeiterkinder von diesen Schulen auf die Dauer nicht mehr fallen, (Lebh. Beifall links) wir fordern die Zulassung als ein Recht der Arbeiter. Bei ihrer politischen Bedeutung ist es kein Rechtszustand, dass nur andere Volksklassen Rechtsanwälte, Aerzte, Richter usw. werden können. Kann man denn von einer Auslese sprechen, wenn die künftigen Zahnärzte, Lehrer aller Sprachen und Ingenieure ebenso wie Juristen usw. bis zum 20. Lebensjahr die



gleiche Ausbildung erhalten? Es gibt nur eine Auslese, das ist die praktische Bewährung, und darum muss eine Verbindung von Volks- und Berufsschule mit der höheren Schule geschaffen werden, die diese Auslese ermöglicht. (Zustimmung links)

Das neunte Schuljahr fordern wir sowohl zur Entlastung des Arbeitsmarktes um rund 600 000 junge Menschen, als auch zur Besserung des körperlichen Zustandes, in dem heute so viele Jünglinge ins Erwerbsleben treten müssen. Selbstverständlich muss bedürftigen Eltern ein materieller Ausgleich dafür geschaffen werden, wie das die englische Labour Party und ihre Regierung in vorbildlicher Grosszügigkeit getan haben. Wir fordern auch wieder, wie wir schon vor drei Jahren beantragt haben, eine dauernde Ausbildung für die Erwerbslosen. Die dafür bewilligten 18 Millionen dürfen nicht zerflattern, sondern müssen durch Initiative des Reichsinnenministeriums unter Heranziehung der Gewerkschaften und Kulturorganisationen planmässig verwendet werden. Auf diese Weise werden wir die Arbeitslosigkeit nicht abschaffen, aber den Arbeitslosen die Kraft geben, die nicht nur zerschlägt, sondern die verantwortungsbewusst Hand anlegt, vielleicht im Gedanken an eine andere Welt, aber jedenfalls im Bewusstsein der Verantwortung. (Anhaltender lebhafter Beifall und Händeklatschen der Soz.)

Die Kommunisten bringen einen Misstrauensantrag gegen den Reichsinnenminister ein.

Abg. Hofmann-Ludwigshafen (Z) empfiehlt Ueberweisung des Schulantrags an den Bildungsausschuss. Ein Reichsschulgesetz, das Gewissensfreiheit und Elternrecht wahrt, muss endlich kommen. Die Turn- und Sportbewegung der Jugend sollte noch mehr gefördert werden.

Die Besprechung wird abgebrochen, - Aus persönlichen Bemerkungen des Abg. Torgler (Kom) und des Oberregierungsrates Seeger vom Reichsinnenministerium ergibt sich, dass die Oberfilmprüfstelle auf Verlangen der Württembergischen Regierung 1928 den Film "Panzerkreuzer Potemkin" nochmals geprüft, ihn aber ohne Kürzungen freigegeben hat.

Nach 19 Uhr wird die Weiterberatung auf Donnerstag 15 Uhr vertagt.

# Preussischer Landtag

SPD. Berlin, den 4. März 1931

Der Preussische Landtag beschäftigte sich am Mittwoch mit der zweiten Lesung der Steuergesetze. Zunächst erfolgte die Beratung der Gewerbesteuer, die in wesentlichen unverändert verlängert werden soll.

Abg. Konradt (Dtn.) polemisiert gegen die Vorlage, die eine Sondersteuer für Handel und Gewerbe sei.- Abg. Donners (W.P.) erklärt, seine Fraktion bestrachte die Gewerbesteuer als doppelte Einkommensteuer und lehne sie deshalb grundsätzlich ab.- Abg. Dr. Neumann-Frohnau (DVP.) fordert Besteuerung der Kundengewinne der Konsumgenossenschaften und eine progressiv gestaffelte Lohnsummen- und Filialsteuer für die Grossbetriebe, im übrigen aber Ermässigung für Handel und Gewerbe.- Finanzminister Dr. Höpker-Aschoff ersucht um unveränderte Annahme der Vorlage mit dem Bemerkten, dass der Staat die Gewerbesteuer auch in Zukunft den Gemeinden überlassen werde.- Abg. Kölges (Ztr.) stimmt der Vorlage zu.- Abg. Hecken (Dtsch. Frakt.) kritisiert den Entwurf. Notwendig sei die Anpassung der Realsteuern in Bezug auf Veranlagung und Einziehung an die Einkommen- und Körperschaftssteuern.

Abg. Rautenberg (Soz.) erklärt, dass seine Fraktion die Vorlage annehmen und alle Abänderungsanträge ablehnen werde. Auf jeden Fall müssten erst einmal die Auswirkungen der Notverordnung des Reichspräsidenten abgewartet werden. Die Kritiker der Vorlage hätten in ihren Ausführungen und mit ihren Anträgen die grosse finanzielle Notlage der Gemeinden und Gemeindeverbände nicht genügend beachtet. Ginge es nach den Wünschen der Opposition, würde die Not noch grösser werden. Schon jetzt zahlten 42 % aller Gewerbetreibenden keine Ertragssteuer und 74 % keine Kapitalsteuer. Mit aller Kraft werde aber die sozialdemokratische Fraktion alle Angriffe auf die organisierte Verbraucherschaft, also auf die Konsumgenossenschaften, zurückweisen. Diese haben bis jetzt noch nie vom Staate Subventionen verlangt wie andere Berufsstände. Sie wollen nur gerechte Behandlung und wünschen vor allem in Ruhe gelassen zu werden. (Beifall b.d. Soz.)

Es folgt die Beratung der Grundvermögenssteuer.- Abg. Szillat (Soz.) empfiehlt als Berichterstatter mit Rücksicht auf das kommende Grundsteuerrahmengesetz die unveränderte Annahme der Vorlage.- Abg. Dr. Kaufhold (Dtn.) fordert die Beseitigung der staatlichen Beteiligung an der Grundvermögenssteuer. Die Streichung derselben käme einem Ausfall von 4 % des Haushaltsplanes gleich. Auf einen solchen kleinen Betrag könne der Staat leicht verzichten.- Abg. Dr. Neumann-Frohnau (DVP.) hält bei dieser Vorlage wesentliche Änderungen nicht für erforderlich. Er wendet sich gegen die deutschnationale Forderung. Eingetretene Wertverschiebungen müssten aber bei der Veranlagung berücksichtigt werden.

Abg. Mentz (W.P.) kritisiert die Ueberspannung der Grundvermögenssteuer durch die Gemeinden. Der städtische Haus- und Grundbesitz sei unter Sondergesetz gestellt. Wenn die Hauszinssteuermittel für den Finanzausgleich nicht ausreichen, müsse die Grundvermögenssteuer mit herangezogen werden.

Abg. Hecken (Dtsch. Frakt.) wendet sich gegen die Ausführungen des Finanzministers im Ausschuss. Die Belastung müsse mit der Steuerfähigkeit in Parallele gestellt werden. Durch den Steuerdruck könne landwirtschaftliches Betriebsvermögen keine nutzbringende Verwendung finden. Die Landwirtschaft schneide bei der Realsteuerbelastung ungünstig ab. Es müsse untersucht werden, wie sich der Ausfall an Einkommensteuer im Finanzausgleich auswirkt.

Finanzminister Dr. Höpker-Aschoff

erklärt gegenüber dem Vorredner, wenn die Landwirtschaft 1931 bis zu 6.000 RM

von der Einkommensteuer freigestellt und zum Ausgleich vom Reich 20 Millionen erstattet würden, so werde dieser Betrag nach dem Einkommensteuerschlüssel geändert durch die relative Garantie ausgeschüttet werden. Diese Regelung gelte nur für 1931. Was danach komme, könne man noch nicht wissen. Im Ausschuss habe ihn Abg. Hecken (Dtsch. Frakt.) missverstanden. Er habe auf die schonende Behandlung der Landwirtschaft hingewiesen, die sowohl von der Hauszinssteuer als auch von der erhöhten staatlichen Grundvermögenssteuer befreit sei. Würde die Landwirtschaft noch von der Vermögenssteuer bis zu 20.000 Reichsmark, von der Umsatzsteuer bis 5.000 Reichsmark und von der Einkommensteuer bis zu 6.000 Reichsmark freigestellt werden, so könne man wohl von einer schonenden Behandlung sprechen. Es sei aber unmöglich, einen Stand, dem alle staatlichen Leistungen auf dem Gebiete des Schulwesens, der Wohlfahrtspflege, des Rechtswesens usw. zugute kommen, von allen Steuern zu befreien. Es sei ihm unmöglich, sich mit einer solchen Steuersenkung populär zu machen. Das würde den Zusammenbruch des Staates und damit auch seiner Berufsstände bedeuten.

Hierauf folgt die Beratung der Hauszinssteuer.

Abg. Drügemüller (Soz.) erklärt als Berichterstatter, dass die Vorlage eine Verlängerung der Hauszinssteuer bis 1932 mit den durch die Notverordnung bedingten Änderungen vorsehe. Der Ausschuss schlage nach einem Antrag der Regierungsparteien eine durchschnittliche Senkung der Zuschlagssätze um 5 % vor.

Abg. Howe (Dtn.) fordert eine Senkung der Hauszinssteuer um 10,5 % der Friedensmiete zur Abgeltung der erhöhten Zinsen für eigenes und fremdes Kapital ab 1. Januar 1932. Sachlich berechtigte Anträge seiner Fraktion seien im Ausschuss niedergestimmt worden. Solche Gewaltpolitik könne nicht mehr als Parlamentarismus bezeichnet werden. Der Althausbesitz sei durch die verkehrte Steuerpolitik schwer geschädigt.

Finanzminister Dr. Höpker-Aschoff

tritt den Ausführungen des Vorredners entgegen. Preussen habe aus Hauszinssteuermitteln in der Nachkriegszeit 1.050.000 Wohnungen erstellt. Diese Leistung sei ein Ruhmesblatt der Nachkriegszeit. Zu der Beschwerde des Vorredners über das Niederstimmen der Oppositionsanträge könne er nur sagen, dass die Regierungsparteien aus agitatorischen Gründen nichts besseres tun könnten, als eine 50prozentige Senkung der Hauszinssteuer zu beantragen. Wenn sie eine solche Politik nicht treiben, so aus finanzpolitischem Verantwortungsgefühl.

Abg. Oberdörster (Komm.) lehnt die Hauszinssteuer unter Ausfällen gegen die Sozialdemokratie ab. - Abg. Dr. Neumann-Frohnau (DVP) setzte sich für die Abänderungsanträge seiner Fraktion ein. - Abg. Kölges (Z) verteidigt die Regierungsvorlage. Er setzt sich in grosser Erregung mit den Wirtschaftsparteilern auseinander, die ihn fortgesetzt durch Zwischenrufe unterbrechen und dem Zentrum Raub am Privateigentum vorwerfen. Er wendet sich mit grosser Entschiedenheit gegen die unberechtigten Ansprüche der Hausbesitzer. - Abg. Hoff (Dem.) erklärt sich für die Vorlage und unterstreicht die Ausführungen des Zentrumsredners. - Abg. Mentz (WP) bestreitet die Darlegungen des Abg. Kölges und tritt für Beseitigung der Hauszinssteuer ein. - Damit ist die Aussprache über die drei Vorlagen beendet.

Die Abstimmung über die Gewerbesteuer ergibt die Annahme der Vorlage unter Ablehnung aller gestellten Abänderungsanträge. Ein Antrag, der Einkommen bis 5.000 Mark von der Steuer freilassen will, wird in namentlicher Abstimmung abgelehnt. - Ebenfalls angenommen wird unter Ablehnung aller Änderungsanträge die Verlängerung der Grundvermögenssteuer. Auch die Verlängerung der Hauszinssteuer wird mit den Stimmen der Regierungsparteien gegen die Opposition geschlossen.

Weiterberatung Donnerstag 12 Uhr.

## Landtags=Stimmungsbild.

---

SPD. Berlin, den 4. März (Eig. Ber.)

Der Preussische Landtag nahm am Mittwoch in zweiter Lesung die Vorlagen über Verlängerung der Gewerbesteuer, die Grundvermögenssteuer und der Hauszinssteuer bis 1932 an. Die drei Vorlagen wurden gesondert beraten. Die Gewerbesteuer soll im wesentlichen unverändert verlängert werden.

In der Aussprache wandten sich Deutschnationale und Wirtschaftspartei sehr scharf gegen die Gewerbesteuer, während der Vertreter der Volkspartei die Besteuerung der Kundengewinne der Konsumgenossenschaften und eine progressiv gestaffelte Lohnsummen- und Filialsteuer für die Grossbetriebe forderte. Abg. Rautenberg (Soz) erklärte für seine Fraktion die Annahme der Vorlage und die Ablehnung der Oppositionsanträge. U.a. wies er darauf hin, dass die Kritiker der Gewerbesteuer die grosse finanzielle Notlage der Gemeinden und Gemeindeverbände völlig unbeachtet liessen. Schon jetzt zahlten 42 % aller Gewerbetreibenden keine Ertragssteuer und 74 % keine Kapitalsteuer. Den Vorstoss der Volkspartei gegen die Konsumgenossenschaft wies der sozialdemokratische Redner scharf zurück. Im Gegensatz zu anderen Berufsständen hätten die Konsumgenossenschaften nie Subventionen vom Staate verlangt. Sie wollten nur gerechte Behandlung.

Auch bei der Beratung der Grundvermögenssteuer kam es zu einer scharfen Auseinandersetzung. Die Rechte lief gegen diese Steuer Sturm. Finanzminister Dr. Höpker=Aschoff ging in seiner Verteidigung der Vorlage zum Angriff über. Er kennzeichnete das agitatorische Streben der Rechtsparteien, möglichst so zu tun, als könnte die Landwirtschaft überhaupt keine Steuern zahlen. Einen Stand aber, der alle Leistungen des Staates auf dem Gebiete des Schulwesens, der Wohlfahrtspflege, des Rechtswesens usw. in Anspruch nimmt, von allen Steuern zu befreien, würde den Zusammenbruch des Staates und damit auch aller seiner Berufsstände bedeuten.

Eine lebhafte Auseinandersetzung entwickelte sich auch bei der Beratung der Verlängerung der Hauszinssteuer. Hier war es insbesondere der Zentrumsredner, der die Demagogie der Wirtschaftspartei kennzeichnete und sich mit grosser Entschiedenheit gegen die unberechtigten Ansprüche der Hausbesitzer wandte.

Weiterberatung Donnerstag.

---